

Volkspost

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Wort und Bild". Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtl. Organ des Reichs. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Verlags-Gesellschaft Nr. 240/5, 240/7, 240/8. Persönliche Kundenbestellungen mit Bezug von 1 bis 2 J. — Inverlangt ergebenden Abonnenten ist stets das Rückporto beizufügen.

Belegpreis monatlich 2,00 RM u. 0,30 RM. Belegpreisgebühr, insgesamt 2,30 RM, für Abnehmer außerhalb des Reichs. Belegpreis 2,50 RM, wenn Postporto eingeschickt 2,70 RM, bei direkter Entsendung an den Verlag 2,00 RM. — Anzeigenpreis 12 Blg. im Einzel- und 10 Blg. im Blockpreis der Württemberg. Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle & Verlags-Gesellschaft Nr. 240/5, 240/7, 240/8. Verlagsort Halle a. S. Nr. 1

Schiffskatastrophe in Nordfrankreich

Ein Ausflugsdampfer im Sturm innerhalb weniger Minuten gesunken Mehrere Hundert Personen, Mitglieder einer Arbeitergenossenschaft, ertrunken

Reichstag — und was dann?

Eine Warnung vor Illusionen
Von Paul Bode.

Die Entscheidung über die Einberufung des Reichstags ist nahe herangerückt. Nach den Ereignissen der letzten Tage hängt es nicht von den Beschlüssen der sozialdemokratischen Fraktion allein ab, ob diese Einberufung erfolgt. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß Parteien der Mitte diese Einberufung wünschen, weil ihnen die Notverordnung gegenüber den breiten Massen noch nicht weit genug geht. Die Volkspartei hofft zu erreichen, daß die Räte nach einseitiger zu Ungunsten der Reichspartei verteilt werden. Die Reichspartei wünscht stärkere Vertretung der Mittelstände, des Landvolks wünscht noch höhere Zollmauern, andere verlangen weitere Maßnahmen zur Einleitung neuer Reparationsverhandlungen.

Wenn die Einberufung des Reichstags nicht erfolgen sollte, dann muß sich die Arbeiterfront vornehmlich für sich, mit welchen Ermächtigungen sie diesen Entscheidungen entgegenzusetzen kann. Zweifellos wird der Reichstag ein Weckruf für die Aufhebung der Notverordnung aufweisen.

Aber wie eine Mehrheit für einen Erfolg zusammengeführt werden soll, ist nicht erkennbar. Die einhalb Milliarden Reichsmark müssen aber gedeckt werden, wenn das Reich und die Länder ihre Verpflichtungen erfüllen und nicht viel stärkere Zuschüsse bei zukünftigen Zahlungen eintreten sollen. Es gibt Leute, die an die „sozialistische“ Einstellung der Nationalsozialisten glauben und sich eine Deckungsvorlage von den drei sozial eingestellten Parteien vorstellen können. Diese Hoffnungen dürfen nach den ersten Versuchen scheitern. Aber auch wenn wir annehmen, daß sie gelingen könnten, fehlt bei der jetzigen Machtverteilung eine parlamentarische Regierung, um diese Schritte durchzuführen. Sowohl die Nationalsozialisten wie die Sozialisten erklären, daß sie sich an einer solchen parlamentarischen Regierung — abgesehen von den Sozialdemokraten — nicht beteiligen, sondern das Parlament und sein System abschaffen würden. Der Erfolg und die Durchführung einer neuen Notverordnung oder das Gleichgewicht der Sache ist also schwer durchführbar.

In Verhütung dieser Zusammenhänge wird also die Regierung Brining nur der Aufhebung der Notverordnung zurücktreten oder den Reichstag auflösen. Ob die Auflösung des Reichstages im gegenwärtigen Moment eine Behebung der politischen Schwierigkeiten bringt, ist nicht abzusehen, daß aber in der Frist bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstages die finanziellen Schwierigkeiten nicht behoben werden können, ist sicher.

Welcher Weg also auch gewählt wird, in der Zwischenzeit wird eine andere Regierung in irgendeiner Form die Deckung des Defizits beschaffen müssen und diese Regierung wird eine sein, die sich von der Sozialdemokratie viel stärker distanziert als es die Regierung Brining bisher getan hat.

Die Maßnahmen dieser Regierung dürften kaum arbeiterfreundlicher ausfallen als die gegenwärtige Notverordnung. Auf diesen Umstand müssen wir alle unsere Anhänger immer wieder hinweisen, in welchem Lager sie auch stehen. Die Illusionen, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, kann die Bildung einer außerparlamentarischen Regierung zur Folge haben und unseren Kampf in das Dunkel des Unwahrscheinlichen vertiefen. Wir werden ihn auch dort zu führen müssen, aber jeder Sozialdemokrat muß sich darüber

Paris, 15. Juni. (Eig. Funkmeldung.)

Eine furchtbare Schiffskatastrophe, die aller Voraussicht nach bis 400 Menschen das Leben gekostet hat, hat sich am Sonntagmorgen an der bretonischen Küste vor der Loire-Mündung ereignet. Ein kleiner Ausflugsdampfer, der am Sonntagmorgen von Nantes aus mit etwa 500 Mitgliedern der dortigen Arbeiter-Genossenschaften an Bord nach der vor der Loire-Mündung gelegenen Insel Noirmoutiers gefahren war, ist auf dem Rückweg etwa fünf Meilen von St. Nazaire entfernt in einen Sturm geraten und gekentert. Die genaue Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt, doch wird angenommen, daß es weit über 300 sein werden.

Die Anklagsurteile

Es wird angenommen, daß die Passagiere des kleinen Ausflugsdampfers, um sich vor dem starken Wind zu schützen, die Unversichertigkeit begangen haben, sich sämtlich nach der windgeschützten Seite des Schiffes zu begeben, so daß dieses das Gleichgewicht verlor und nach einer Sekunde umgeworfen wurde. Die Wäckerle eines nahegelegenen Leuchtturmes waren Augenzeugen der Katastrophe. Sie alarmierten sofort die Patrouille von St. Nazaire, die dortiger Dampfer an die Unglücksstelle entsandte. Infolge des hohen Seegangs war das Rettungsnetz sehr erswert. Gegen Mitternacht kehrte der Rettungsdampfer mit nur acht Überlebenden und vier Leichen an Bord zurück. Die genaue Zahl der Opfer

läßt sich noch nicht feststellen, da ein Teil der Ankläger auf der Insel zurückblieb und das Festland über einen Damm erreichen wollte, der bei Ebbe passierbar ist. Die Pinfahrt war bereits so bewegt, daß viele Personen trank wurden und daher auf die Küste zu Wasser verunglückten.

Ein Geretteter erzählt

Einer der Geretteten hat dem Berichterstatter des „Matin“ folgende Schilderung von der Katastrophe gegeben: „Ich war mit meiner Mutter, die leider auch ertrunken ist, an der Steuerbrücke des Schiffes. Plötzlich haben wir wie ich das Schiff unter dem Gewicht der auf der Vorderbrücke befindlichen Passagiere auf der Seite legen. Im gleichen Augenblick war eine furchtbare Welle auf uns zu, die den Dampfer vollständig umwarf.“

Innerhalb einer Minute begann er mit dem Kiel nach oben in den Fluten zu versinken. Ich bemerkte im Wasser ein Ruder, an das ich mich klammerte. Nicht weit von mir entfiel sich ein Rettungsboot des Dampfers, in dem bereits einige Passagiere Platz genommen hatten. Ich wurde in das Boot gezogen. Fruchtbare Wellen brachten das Boot aber zum Kentern. So gut es ging, klammerte ich mich an das fliehende treibende Boot fest, bis die Rettungsampfer erschienen. Um mich sah ich Männer, Frauen und Kinder auf dem Wasser schwimmen, die so furchtbare Schreie ausstießen, daß das Brausen des Sturmes überhört wurde. Einen nach dem anderen haben wir unter dem Himmel verschwinden. Noch immer klänge ich etwa 350 Personen an Bord gewesen, da 100 bis 150 Personen auf der Insel zurückgeblieben sind.“

Das Anklagschiff

Das jetzt nur acht Überlebende gerettet. Der Dampfer „St. Gilbert“, ein Ende 1928 gebaut, 180 Tonnen großes Schiff von 32 Meter Länge, war mit 450 Ausflüglern mittags ausgelaufen. Er erreichte das Ziel des Ausfluges, den Hafen von Noirmoutier auf der vorgelagerten Insel Choateign, gegen 16 Uhr. Als das Schiff die Rückfahrt antrat, war Sturm eingetreten und das Meer stark bewegt. Man hofft daher, daß zahlreiche Passagiere, die bereits schlafen waren, gerettet sein könnten, so daß doppelt die Zahl der Opfer etwas verringert sein dürfte. Letzte ist, daß bis jetzt nur acht Überlebende gerettet wurden.

Die Besprechungen beim Kanzler

Entspannung der politischen Lage

Aber trotzdem noch kein Ausweg aus der akuten Krise gefunden

Es wird weiter verhandelt.

Am Sonntagabend ist der Reichstagsanlauf der Hilfsparteier Tagung nach Berlin zurückgekehrt. Er wird bereits heute vormittag bei am Sonntagabend unterbrochenen Verhandlungen mit den Parteien wieder aufnehmen. Zunächst sind Einzelbesprechungen geplant, dann soll eine Konferenz mit sämtlichen Regierungsparteien folgen, an der sich eine Besprechung mit Vertretern der Sozialdemokratie anschließt wird. An der Konferenz mit den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie werden auf Wunsch des Reichstagspräsidenten Brüning und des Reichstagspräsidenten Dr. Luther teilnehmen.

Volkspartei wieder umgefallen

In der Regierungslager ist man neuerdings überzeugt, daß eine Verständigung zwischen der Reichsregierung, den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie erzielt und die Einberufung des Reichstags zunächst vermieden werden kann.

Man ist dieser Überzeugung nicht, weil man bei der Notverordnung sofort in dem ersten Schritt die Volkspartei und die Regierungsparteien haben, die Sozialdemokratie zugleich zu befragen, sondern auf Grund der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage.

Man ist in der Regierungslager fest davon durchdrungen, daß die Parteien unter dem Druck der insbesondere von dem Reichsankträsidenten vortragenden Argumente ihre Forderungen nach sofortiger Abänderung der Notverordnung zurückstellen und sich mit einer „bindenden Auflage“ der Regierung zufriedengeben werden, daß derartige Abänderungen im Herbst vorgenommen werden sollen, sobald der Reichstag nach seinem Wiedereröffnungstermin im Oktober entsprechende Beschlüsse gefaßt hat.

Der Optimismus, der von dem Reichstagsanlauf und allen Reichsministern geteilt wird, stützt sich nicht zuletzt auf die offensichtlichen Bemühungen der Deutschen Volkspartei, ihren Beschluß auf Einberufung des Reichstages möglichst schnell und ohne viel Aufheben in sein Gegenteil zu verkehren. Eine Verständigung von maßgeblicher Seite der Deutschen Volkspartei deutet die Möglichkeit einer Rückkehr der Volkspartei in das Regierungslager für Montag bereits an. Die Volkspartei stellt im Hinblick auf den Bruch der Notverordnung ein solches Entgegenkommen einen neuen Unfall vermeiden. Von maßgebender Seite des Reichstages erklärt man dagegen, daß Brining Herrn Dingeldey bisher in seinem Punkte nachgegeben hat und er nicht daran denke, seine Regierung gemäß dem Wunsch der Volkspartei nach rechts zu erweitern.

Die Haltung des Zentrums

Brining hat am Sonntag auf der Hilfsparteier Tagung über die Möglichkeiten, aus der außerordentlich ungeheuren innenpolitischen Situation herauszukommen, nur sehr wenig gesagt. Er legte den Hauptwert auf eine Darstellung der Weltwirtschaftslage und eine Betrachtung über die wirtschaftliche Situation Deutschlands. Der Verlauf der anschließenden Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß die künftige Politik des Zentrums mindestens bis auf weiteres die Politik des Reichstagspräsidenten ist. Welcher Art diese Politik sein wird, ist

klar sein, daß dieser Kampf dann geführt wird gegen eine geschlossene Front des Zentrums und seine Gefolgschaft aus allen Lagern, daß dieser Kampf geführt werden muß bei einer noch weitern Verschlechterung seiner Lebenslage und der Gefährdung seiner politischen Rechte.

Es wäre eine Illusion, die zu schmerzlichen Enttäuschungen führen würde, wenn sich der Glaube festsetzt, die Sozialdemokraten seien in diesem Reichstag stark genug, den Anschlag auf die Lebenshaltung der breiten Masse abzuwehren. Das haben die Wahlen des 14. September bereits bewiesen, die uns auf ein Bistrot als neuem gewählten Parlamentarismus herabdrücken. Dieses Bistrot wird den Kampf führen, aber kann keine Mehrheit bilden. Die Hoffnungen auf die Nationalsozialisten sind eitel. Sie haben, wie jedermann weiß, ihre erste und höchste Parole: „Nieder mit dem Young-Plan“ durch Stimmhaltung zurückgefallen, aber ihren erreichten Einfluß benutzen, um die politischen Rechte zu verteidigen, was sie offen bekennen, um den Einfluß der Massen auf die Gesetzgebung ermöglicht zu werden.

„Ausgesprochen was ich“ — war sein Schlußwort der erste Grundlag im Kampf der deutschen Arbeiterfront. Wir dürfen unsere Anhänger nicht den Illusionen lassen, daß bei der Wirtschaftskrise

Finanzlage des Reiches unter allen Umständen zunächst lassen auf sie gewälzt werden, daß gerade eine Lockerung unserer bisherigen Politik das nicht verhindern kann, nicht größere Gerechtigkeit, sondern größere Ungerechtigkeit zur Folge haben muß. Das ergibt sich, weil die Gegner vor Parlament und jeder auch im Lande in der Welt herrschen, weil die finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, niemanden die Möglichkeit einer sofortigen Erleichterung gönnen. Erfolgreiche Fortschritte sind nur möglich nach neuen schmerzlichen Kämpfen.

Für diese Kämpfe unter härteren politischen und sozialen Bedingungen zu rufen, ist die tiefste Stunde Pflicht unserer Organisation.

gibt jene Entscheidung, die von dem Vorberichter und der Reichsregierung des Zentrums in Gießen angenommen wurde. Die Entscheidung, die unter Mitwirkung des Reichsanwalters zu Papier gebracht wurde, steht in der Form eines

Kurz- und das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit

dar. Uns interessiert daran vor allem, daß sich das Zentrum mit der Rotterdamer, wie sie ist, trotz der scharfen Kritik der Christlichen Gewerkschaften und trotz des Protestes, der aus den Arbeiterkreisen des Zentrums von Tag zu Tag lauter gegen die Rotterdamer Erklärung, zunächst abgefaßt wurde. Von vielen Seiten wurde im Verlauf der langen Debatte an der Rotterdamer scharfe Kritik geübt und doch hat man sich schließlich mit dem Reichsanwalters darin einig, daß an der Rotterdamer Erklärung nichts im Herbst Änderungen vorgenommen werden sollen.

Die Sozialdemokratie verlangt sofortige Veränderungen.

In der Entscheidung über die Reichsnotenzahlung vom letzten Freitag heißt es, daß die wichtigsten Stellen der neuen Rotterdamer, auf das allergrößte Maß beschränkt werden und die Rotterdamer Maßnahmen entfallen, die sozial nicht gerecht, unzumutbar und nutzlos sind. Werden die Argumente der Reichsregierung und des Reichsanwalters über die wirtschaftliche Situation der Deutschen für die deutsche Kreditpolitik und schließlich für die deutsche Währung so sein, daß sich die Sozialdemokratie mit Veränderungen der Rotterdamer in einigen Wochen zu freies geben kann. Das ist die Frage, mit der sich am Dienstag die sozialdemokratische Reichsnotenzahlung beschäftigen wird.

Die Situation ist noch wie vor bitter ernst und die Möglichkeit, daß noch in der nächsten Woche die Regierung und Sozialdemokratie eintritt, durchaus gegeben.

Eine kostspielige Sache

Bilbesheim, 15. Juni. (Vg. Funkenz.)

Am Sonntagabend sprach der Reichsfinanzminister Dr. Wirth in einer öffentlichen Versammlung. Wenn er gefragt würde, so äußerte er, gefällt Ihnen die neue Rotterdamer, so würde er, „Nein“ sagen. Auf die Frage, wann man sich überreden lassen würde, er keine seinen früheren Tag als den, an dem alle Rotterdamer wieder in der Papierkorb wandern könnten. Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichsnotenzahlung auf Einberufung des Reichstages habe dem deutschen Volk 200 Millionen Schaden gebracht. Wenn man morgen oder übermorgen durch eine politische Forderung nicht die absolute Ruhe mehr garantiert werde, so werde der nächste Schritt der Reichsnotenzahlung nicht nur eine Disziplinierung, sondern eine Kreditrestriktion sein.

Stüttige Einschreibebriefe

Größenstücke sollen verdrängen

In der Rotterdamer der Reichsregierung sind Änderungen der hohen Pensionen nicht vorgesehen. Angeblich sind bestimmte Änderungen mit der Reichsregierung nicht in Einklang zu bringen. Die Reichsregierung ist deshalb auf den Ausbruch der Pensionen im Hinblick auf die Pensionen und Gewinnen durch Einschreibebriefe zu einem freiwilligen Verzicht auf ihre Pension aufzufordern.

Darf man erwarten, was bei dieser Aktion bisher herausgekommen ist? Wer von den hohen Pensionisten bereit ist, freiwillige Abzüge zu gestatten und wer nicht?

Der Schuß in der Oper.

Es war vor bald fünfzig Jahren, am 6. Dezember 1852. Im „Theater an der Wien“ waren alle Vorbereitungen zur Aufführung von Carl Millöckers neuer Operette gegeben. Man sprach sich ein Wort. Der Kapellmeister dieser Musikstücke war bereits mehrfach mit eigenen Schöpfungen hervorgetreten. Das Publikum hatte die Werke jeweils mit Dank hingenommen; ein großer Schloß war jedoch bislang nicht dabei gewesen. Diesmal nun sollte etwas ganz Besonderes herauskommen. Das ganze musikalische Wien strömte ins Theater, um der Premiere des „Vettelstübchen“ beizuwohnen.

Millöcker selbst ging ein wenig unruhig an die Stelle seines Wirkens. Nicht ohne das Ungewisse seines neuen Werkes wegen. Auch sonst kam er kaum Kampferbeide. Zeit zwölf Jahren schwang er in diesem Hause der Lustvoll. Viele fremde Musikwerke und auch ein halbes Dutzend eigene hatte er hier einführt und mit Erfolg herausgebracht. Eine andere Sache bewegte ihn Gemüt. Er hatte an diesem Morgen eine von unbekannter Hand geschriebene Karte erhalten, deren Inhalt ihn denken ließ. Und diese Karte hatte bereits eine Vorgeschichte. Eine Frau war im Spiel.

Der Kapellmeister war ein schöner Mann, ein frauenliebender. Schon einige Wochen vorher hatte er einen Brief bekommen, in dem folgendes geschrieben stand:

Großer Meister! Wenn Du das Genie bist, welches die Welt jetzt langem verberbt, so mußt Du die göttliche Kunst des Schönen, die Du durch Deine über die Mängelheiten des Lebens hinweg aufzuheben. Mithie mit mir, die Dich anbetet, die Dein Willkür einen Feindlich auf dem Herzen trägt. Du hast für den Ruhm genug getan. Denke an das Recht der Günstigen. Leide an unfernen bedürftigen Günstigen.

Millöcker legte damals diesem Briefe keine besondere Bedeutung bei. Vergleichlichen Schreiben von verliebten und aufdringlichen Frauen hatte er schon häufig bekommen. Er hatte sich im stillen darüber gefreut und sich allerlei kleine weiteren Gedanken gemacht. So etwas passierte allen Arbeitern. Deshalb unterließ er es auch, die Adresse

Schacht-Zug gequält!

Reichsbankdiskont sich um 2 Prozent erhöht

Der Zentralrat der Reichsbank hat in seiner Sitzung beschlossen, den Diskont um 2 v. H. auf 7 v. H. und den Lombardzins um 6 auf 8 v. H. zu erhöhen.

Trotzdem sich die Anforderungen an die Deckungsbestände der Reichsbank am Sonntagabend verringert haben — sie betragen immer noch etwa 78 bis 80 Millionen Mark gegen 100 Millionen Mark am Freitag — hat sich die Reichsbank zu weitgehenden Verteilungsmassnahmen entschlossen. Das bedeutet Verteuerung der Gesteinshafen, aber auch Kreditverknappung und Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten und wir können nur sagen: Das ist das Schicksal des Schachts und der Schwerindustrie.

Die Dinge haben sich so entwickelt, daß der sich Anfang Juni bemerkbar machende stärkere Geldzug bei den deutschen Banken fast ausschließlich aus dem Ausland kam. Erst in der verflochtenen Woche setzten auch deutsche Geldabgänge ein. Am Schluß der ersten Juniwoche hatte die Reichsbank über 100 Millionen Mark von ihren Gold- und Wertgegenständen verloren.

Der Frage einer Diskontenerhöhung, um den Abzug fremden Geldes aus Deutschland zu bremsen, ist die Reichsbank aus ganz natürlichen Gründen damals nicht näher getreten. Der damalige Abzug fremden Geldes aus Deutschland beruhte ja nicht auf Instabilität der Währung, sondern immer noch in Deutschland das Land, das mit höheren Zinsen zahlt als das Ausland und der ausländische Kapitalist verdient mehr, wenn er sein Geld nach Deutschland verleiht, als wenn er es den heimischen Banken anvertraut. Eine Erhöhung des deutschen Diskonts, des Reichsbankdiskonts, hätte die ausländischen Geldgeber nicht umstimmen können, hätte sie nicht bezogen können, ihr Geld in Deutschland zu lassen. Gegen Ende der verflochtenen Woche hat sich die

Situation grundsätzlich geändert. Einmal ist die Menge der Einzahlungen durch die politische Umwidmung in den letzten Tagen gesteigert worden.

Und man muß selber feststellen, daß die Steigerung der Reichsbank durch die Schwerindustrie gegeben, es kam der Vorteil gegen die Regierungsrückzahlung.

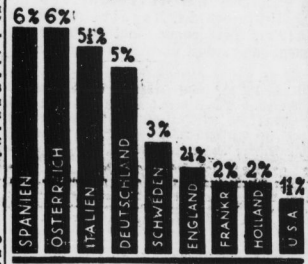
Wenn auch die schwerindustriellen Forderungen sich schließlich hinter einer sogenannten Umwidmung des Reichszieles verborgen, so hat doch das Ausland gemerkt, daß es sich hier um eine Aktion handelt, hinter der die schwerindustrielle Diktatur nach dem Plan des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht steht. Diese Diktatur bedeutet aber nicht nur eine ungebührliche Subventionierung der Groß- und Schwerindustrie auf Kosten der Reichsrenten und der deutschen Wirtschaft, sondern sie stellt auch einen Inflationsfaktor dar, der die deutsche Kreditwirtschaft brachlagen muß. Mit dieser Situation ist der Name des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verknüpft.

Seit etwa Donnerstag und Freitag verflochtener Woche wurde weniger ausländisches Kapital abgezogen. Statt dessen aber beteiligte sich das Ausland stärker an der Finanzierung des Reichs. Am Sonntagabend im September 1930, wo deutsches Kapital noch Milliarden in die Schweiz und anderswohin geflüchtet wurde, dieses Einlegen der inländischen Kapitalflucht konnte nicht so ungefähr.

Es ist eine Episode im Kampf der Schwerindustrie gegen die Regierungsrückzahlung.

Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß gewisse Kreise an diese Kapitalflucht den Wunsch knüpfen, den Kampf so auf die Knie zu zwingen. Durch den Sturz auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist dieser Schacht und Hoffens freigesetzt worden.

DISKONTSATZE der ZENTRALNOTENBANKEN (JUNI 1931)



Schieberei in Berlin

Am Sonntagmorgen kam es im Hofen der Reichsbank zu einer heftigen Schieberei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht wurde von den Nationalsozialisten bedrängt, sich für die 16-jährige Kommunisten, die einen schweren Verstoß begangen hatten, zu entschuldigen. Dr. Schacht weigerte sich, dies zu tun, woraufhin die Nationalsozialisten die Reichsbank besetzten.

Quittung für Liebesgaben

Spiegel der Agrarier-Universitätsmittel

Heidelberg, 15. Juni. (Vg. Droh.) Der Vorstand des Reichsverbandes der hier am Sonntagabend, nahm eine Entscheidung gegen die Agrarier-Universitätsmittel. Die Agrarier-Universitätsmittel sind ein Mittel, das den Agrarier-Universitätsmitgliedern zur Verfügung steht. Die Agrarier-Universitätsmitglieder sind die Agrarier-Universitätsmitglieder, die die Agrarier-Universitätsmittel erhalten. Die Agrarier-Universitätsmitglieder sind die Agrarier-Universitätsmitglieder, die die Agrarier-Universitätsmittel erhalten.

Ein Minister im Hungerstreik



Der Minister Gustaf Preußner, der Führer der freien Demokraten, ist nach 1 1/2-jähriger Haft in den Hungerstreik getreten, um endlich eine Verhandlung über einen ordentlichen Bericht zu erlangen.

„Stahlhelm“ verboten

Der Reichspräsident hat die Auflösung des Stahlhelms als Grund der Rotterdamer Erklärung für dieses Verbot angeführt, daß in Nummer 23 des „Stahlhelm“ der Reichsanwalters unter der Reichsfinanzminister durch eine Resolution groß beschimpft und 688-malig verurteilt gemacht wurden. Die Unterbrechung des Stahlhelms hat sich jetzt damit herausgestellt, daß die Resolution nicht den Reichsanwalters und den Reichsfinanzminister sondern zwei Finanzbeamte betrafte.

„Strategie und Taktik“

Am Sonntagabend hat die Polizei in dem Parteihaus der SPD, eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die zur Beschlagnahme von umfangreichen Material führte. Außerdem wurden unter dem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat der Stadtverordnete Schwenk und 12 Personen aus Offen verhaftet, die gerade an einem Vortrag über „Strategie und Taktik“ teilnahmen. In Duisburg fand zu gleicher Zeit eine Parallelsitzung statt, in einer Versammlung wurden 13 Personen verhaftet.

Kritiker der Bedi.

Unselbständige Briefe des Komponisten über Leistungen der deutschen Opernbühnen.

So viele Briefe auch durch die Veröffentlichung von Briefen des Komponisten mit sich übergebenen Personen bekannt geworden sind, so tauchen noch immer Briefe auf, die der Aktualität nicht entsprechen. Das gilt besonders für die Briefe, die der Bedi im Jahre 1876 an seinen Freund Oppermann richtete, und die gerade für Deutschland sehr interessant sind. Die Briefe des Bedi über die Aufführungen der Opern der deutschen Bühnen vollzogen haben.

Da ist beispielsweise ein Brief vom 5. Februar 1876, in dem der Bedi dem Freund aus Genoa schreibt: „Das Repertoiretheater wäre ein herrliches Ding, aber ich halte es lieber für einen frommen Wunsch.“ Die Beispiele der Pariser Opéra und Deutschlands sind für mich von geringem Wert nach dieser Richtung, weil in all diesen Theatern die Aufführungen immerwährend sind. Die Pariser Opéra glänzt durch ihre Angenehmkeiten, die in der Zeit der Revolution und der Weltkriege, aber die Opern der Bedi überlegen sind. Bedi oder ist der musikalische Zeit der Aufführungen miserabel. Man hört nur mittelmaßige Solisten, und Orchester und Chor betätigen sich ohne innere Teilnahme und entbehren der Disziplin. Ich habe in diesem Theater Hunderte von Vorstellungen gehört, aber nicht eine, die in musikalischer Hinsicht gut genannt werden können. In einer Stadt von 3 Millionen Einwohnern finden sich jährlich immer 2000 Personen, die den Saal füllen, auch wenn die Aufführung schlecht ist. In Deutschland betätigen sich Orchester und Chor mit größerer Aufmerksamkeit und Bewusstseinshaftigkeit, und wenn es an ihnen läge, wäre die Aufführung durchaus annehmbar. Trotzdem hat sich auch in Berlin immerwährende Vorstellungen gegeben. Das Orchester ist groß und spielt bemerkenswert, die Chöre sind hinsichtlich nicht gut, und die Intenimenten sind schlecht und wenig feinen guten Geschmack. Sollen die Solisten? Sie sind schlecht, absolut schlecht. Unsere im Vordergrund stehenden drei oder vier Primadonnen sind, was Stimme und Gesangsart betrifft, den besten in der Welt. Ich habe in Berlin und Wien in ihnen in der Darstellung nicht nach. In Wien, das

zur Zeit so das erste Operntheater Deutschlands ist, sind die Dinge hinsichtlich des Chors und des Orchesters viel besser, das Orchester ist sogar vorzüglich. Ich habe verschiedenen Vorstellungen beigewohnt und habe festgestellt, daß die Ausführung der Vorstellungen sehr gut ist, die Angenehmheiten möglichen Ansprüchen genügt und die Sänger unter dem Mittelmaß bleiben. Das Publikum, das während der Aufführung im verdunsteten Saale sitzt, sieht und lauscht sich. Am Ende jeder Akte und am Schluß der Vorstellung gibt es lauten Beifall, und die Leute gehen nach Hause, ohne von der Vorstellung begeistert oder von ihr beeindruckt zu sein. Das muß für die kühnen Naturen von Nordländern auf genug sein, aber man bestehe sich einmal eine ähnliche Vorstellung in einem unserer Theater! Ich möchte sehen, wie das Publikum den Herrschaften auf der Bühne mitpfeifen würde! Unser Publikum ist eben zu unruhig und würde sich niemals mit einer Primadonna zufrieden geben, wie sie in Deutschland auftreten und mit 18.000 oder 20.000 Gulden jährlich bezahlt werden. Wir verlangen Primadonnen, die nach Kairo, nach Petersburg, nach Afrika, nach London und anderen ausländischen Opernbühnen gehen und dabei 25.000 bis 30.000 Franc monatlich verdienen. Aber wie soll ein solches Theater Gagen in solcher Höhe bezahlen?

Verbis hortes Urteil ist sicher unerschütterlich und erklärt sich nur aus dem Standpunkt des formalistischen Kritikers jener Zeit, dem die formale Schönheit der Stimme aus der Gesangsart alles, und die musikalische Charakteristik der Gesangsart wenig bedeute.

Stenes Unterhaltungsgebäude in Heidelberg. In Heidelberg, der ältesten deutschen Universität, wurde am Dienstagvormittag der Unterhaltungsverein der Studenten gegründet. Der Verein hat in Gegenwart des früheren amerikanischen Botschafters Schürmann, dessen Tätigkeit der Versuch in erster Linie zu betonen ist, und zahlreicher Vertreter der Wissenschaft feierlich eingeweiht. Schürmann teilte mit, daß die letzten 100.000 Dollar der eine halbe Million Dollar betragenden monatlichen Einnahmen der drei amerikanischen Universitäten in Heidelberg gegeben worden seien. Der eine, Döberland, habe zudem noch einen Fonds von einer Million Dollar gestiftet, um Amerikaner aus allen Kreisen in Heidelberg auf ein Jahr oder länger nach Deutschland zu kommen.

Der Mann im Hemd

Der Mann im Hemd ist da. Die Wärme des gestrigen Sonntags hat ihn wieder herorgezaubert. Was allen Reformierungsbewegungen zur Umgestaltung der Sommerkleidung des Herrn (es soll für diese Zwecke sogar spezielle Vereine in Deutschland geben) nur als Stützpfeiler gelang, das schafft so ein hübsches Sommerkleid müde: Der Herr im Hemd ist eine Selbstverständlichkeit geworden.

Ja, sonderbar, auf einmal findet es die Welt auch in unserer Zeit, daß die Männer einfach so (im weissen, rosa, lila usw.) Hemd herumlaufen. Ja, mehr als das, man schreit heute bereits den Kopf, wenn einer sich noch in Hose und Jackett überziehen zu gehen mag. Der Herr im Hemd hat auf der ganzen Linie gefiegt.

Nach vor wenigen Jahren hätte der Gedanke an den Mann im Hemd allein schon alle Perioden werden lassen. Und was man anno domini nicht mit in neuen Heim" rüffeln durfte, jetzt ist es Mode. Ja, heute arbeitet jung und alt nicht nur weissen- und jaedenlos herum, nein, auch der Krug hat sich weit aufgetan, und die Kermel sind in die Höhe gewischt.

Und das scheint noch lange nicht alles zu sein, noch und eine neue Generation zu bekämpfen hat. Herrenbesetzungsbewegungen laufen heute schon in kurzen Hosen und leichten Jodern herum und tragen eine Art Wadenstrümpfen. Was für "Bericht" werden man also noch zu sehen bekommen! Aber die Mode ist paradox: während die Männer sich in ihrer Kleidung aufschaffen und nach der kurzen Hose schreien — da werden die Kleider der Damen wieder länger und länger. Es fehlt nicht viel und sie finden wieder die reinsten Reklamafaschinen für die Straße. Nicht lange wird es dauern und es wird umgelegt sein wie ehemals: die Männer werden die leistungsfähigen tragen und die Frauen werden sich mit Stoffrollen begnügen.

Uns Männern soll das jedenfalls Jede wie Hefe sein. Wir geben weiter hemdsüchtig und werden dafür sorgen, daß der "Mann im Hemd" bald der "Held des Tages" ist.

Sulzenerfieber

Im nationalen S.A.L.F. hat gestern wieder etwas los. Die vier Sulzener feierten Wiedersehen, verbunden mit Stiftungsfest und Stabcharakter. Natürlich wurden die Reden gehalten, die nicht zu knapp ausgestattet waren mit böswilligen Angriffen auf die Republik. Deswegen auch der Herr Reichspräsident in dieser Republik "amerikanischste Treuegrüße" gesandt. So fühlten sich denn Mannschaften und Offiziere bei der Trauerfeier für die Gefallenen und dem daran anschließenden Festball ausnehmend wohl beim Austausch aller Kriegserinnerungen und bekräftigten, angeleitet von dem mächtigen patriotischen Reden des Vortragsführers sowie davorher Offizieren und Majors, im stillen den Wunsch: Auf Wiedersehen im Revolutionskrieg gegen den Erbfeind!

Rechtsgenossen unter dem Protektorat des Oberhauptes der Republik! Wo treiben wir hin?!

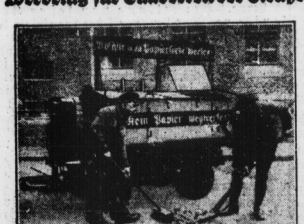
Vor Hunger zusammengebrochen

In der Jacobsstraße haben gestern ein blühendes Paar den Reichstag aufgenommen. Anmühsam gaben dem völlig Erschöpften etwas zu essen, so daß er bald seinen Weg fortsetzen konnte. Die Wiederholung des Herrn Brünning wird — falls sie bleibt wie sie ist — diese Fälle vermehren!

Nazis einigtes „schlagkräftiges“ Beweismittel

In der Geistesfrage wurde gestern ein Mann nach vorangegangenen Auseinandersetzungen von Naziführern im Gericht durch geschlagen. Wahrscheinlich war man bei der Auseinandersetzung an jenem Punkt angekommen, wo den Nazis die Argumente ausgingen. Als letztes Beweismittel griffen sie denn zum Schlagring und — flohen, wie ich das für diese „Helden“ gewöhnt.

Werbeing für Saubertät der Straße



Collegen, haltet die Straßen sauber! Beweist die Nazis, was sie sagen! So erweist ihr Straßengänger, vermeidet unnütze Mühen! Unter dieser Forderung veranlaßt die Stadtbauverwaltung heute wiederum einen Werbeing für öffentliche Sauberkeit und Verkehrssicherheit. — Öffentlichkeitsrecht erfolgreich!

Wissen Sie, was der „Stadtausschuß“ ist? Etwas über seine Zusammensetzung und Tätigkeit

Über den Stadtausschuß, seine Zuständigkeit und seine Zusammenlegung, beileben vielfach Unklarheiten. Statt vereinfacht die Aufstellung, es handelte sich beim Stadtausschuß um eine Einrichtung der Stadterhaltung. Aus Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge wurden deshalb häufig Personen, die ein Geschäft beim Stadtausschuß eingereicht haben, Bestürzung durch Stadterhaltung oder sonstige einschlägige Verantwortlichkeiten zu erziehen. Bei Klärung von Anträgen geben oftmals die Beteiligten ihrer Entscheidung in dem Sinne Ausdruck, daß die Stadterhaltung wohl die Steuern einziehe, dafür aber der Bürgerpflicht Schwierigkeiten bei Erlangung der Erlaubnis zur Ausübung eines in der Gewerbebetriebe ausübenden, besonders genehmigungspflichtigen Gewerbes macht. Derartige Erklärungen beweisen, daß das Publikum Stadterhaltung und Stadtausschuß miteinander verwechselt.

Der Stadtausschuß ist eine Selbstbehörde und ein Verwaltungsausschuß

Er ist eine selbständige unabhängige Behörde der allgemeinen Landesverwaltung. Er besteht aus dem Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder dessen gesetzlichen Vertreter als Vorsitzenden und vier Mitglieder, die gemäß § 37 WSt. vom Magistrat auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden, während der stellvertretende Vorsitzende vom Stadtausschuß gewählt wird. In Großstädten, die naturgemäß selbständige Stadträte sind, können der Oberbürgermeister oder sein gesetzlicher Vertreter, der Bürgermeister, nur in den seltensten Fällen den Vorsitz übernehmen. Infolgedessen ist ein gesetzlicher Vertreter für die dauernde Bearbeitung von den Mitgliedern des Stadtausschusses zu wählen und von dem Regierungsvorstand zu beauftragen.

Die Besizer werden unmittelbar nach jeder Sitzung der Stadterhaltungsbekanntmachung, deren normale Amtszeit auf vier Jahre festgelegt ist, erfolgt. Die Wahl der Stadtausschuß-Mitglieder erfolgt auf die Dauer ihrer Amtszeit. Es findet eine Wahl nach dem Stichwahlverfahren statt. In dessen wird nach dem Magistrat Rücksicht darauf genommen, daß maßgebende Parteien unter den Mitgliedern des Stadtausschusses vertreten sind. Nach der Wahl wird das dauernd mit der Selbstverwaltung des Vorortes beauftragte Mitglied vom Regierungsvorstand beauftragt. Die übrigen Mitglieder werden bereits in ihrer Eigenschaft als Stadträte beauftragt. Auch die Vereinfachung auf getreue Erfüllung und unparteiische Rechtfertigung findet nicht statt, da die Mitglieder des Stadtausschusses bereits als Stadträte vereidigt wurden.

Die Selbstständigkeit des Stadtausschusses ist bei Besetzung mit drei Mitgliedern gegeben. Da die Mitglieder des Stadtausschusses selbstverständlich dem Disziplinargesetz bet. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten unterliegen, ist im § 39 WSt. bestimmt.

Das Verfahren des Stadtausschusses

ist entweder das Bernaltungsverfahren oder das Beschlußverfahren. Ersteres findet in öffentlicher Sitzung statt. Der Vorsitzende des Stadtausschusses hat das Recht, in bestimmten Fällen des Beschlußverfahrens, z. B. in Urteilen, einen Bescheid aus zu erlassen, gegen den als Rechtsmittel der Antrag auf kollegiale Beschlußfassung gegeben ist. Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß der Stadtausschuß als richterliches Kollegium an das Gesetz gebunden und kraft des Gesetzes Mitglied, den sie in ihrer Eigenschaft als Stadträte gefasst haben, sachlich und unparteiisch Recht zu sprechen hat. Irrendwelse Beeinflussungen der Mitglieder des Stadtausschusses durch die Parteien oder sonstige Personen sind deshalb unzulässig.

Wenn man den Stadtausschuß als das anseht, was er ist, als ein Gremium, das aus drei unabhängigen Männern sein müssen. Es wäre bedenklich, wenn Personen, die ein Gewerbe betreiben, das nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung vom Stadtausschuß zu genehmigen ist, den Stadtausschuß angehören. Für solche Mitglieder wäre es sehr schwierig, in den Fällen unparteiisch Recht zu sprechen. Da der Stadtausschuß über Anträge verschiedener Art von Gewerbebetrieben zu entscheiden hat, wäre es aber auch deshalb nicht ratsam, einen derartigen Gewerbebetreiber als Mitglied des Stadtausschusses zu wählen, weil es wegen der auf die Zahl von vier bezüglichen von Mitgliedern nicht möglich wäre, von jeder Gewerbeart einen Angehörigen zu wählen.

Die Aufgaben des Stadtausschusses

Er entscheidet, soweit der Bezirksausschuß nicht kraft Gesetzes erste Instanz ist über Anträge und Erteilung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb gewerblicher Anlagen gemäß § 16 Gewerbeordnung, also über fabrikkonforme oder fabrikkonforme Betriebe, die durch ihren Charakter (Gewerbebetriebe, Ausstellungen usw.) in irgendeiner Weise für die öffentliche Sicherheit oder die Gesundheit gefährlich sein können. Der Stadtausschuß entscheidet ferner

über Anträge auf Genehmigung zur Anlage von Dampfmaschinen, zum Betriebe einer Gasmotorkraft, Schmelzwerk oder zum Kleinhandel mit Spirituosen, zur gewerblichen Veranstaltung von Singen, Singspielen, Gesangs- und belamatorischen Vorträgen, zur Schaustellung von Personen und zu theatralischen Vorstellungen, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei abwägt. Zur genehmigungspflichtigen Beschaffung von Leben und Eigentum fremder Personen, zum Betriebe eines Geschäftes als Pfandleiher oder Pfandvermittler, zum Handel mit Stoffen und zum Kaufverbot. Ferner hat der Stadtausschuß, von einer ganzen Reihe weniger wichtiger Angelegenheiten abgesehen, zu entscheiden über Anträge der Beteiligten Angelegenheiten auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung, in Bezug auf die Genehmigung unterhaltspflichtiger Personen zur Zahlung der entfallenden und entstehenden Beiträge sowie über Einprüche der Gewerbetreibenden oder der Industrie- und Handelskammer gegen die Eintragung in die Gewerbesteuer, sowie in anderen Angelegenheiten, in Bezug auf die Genehmigung bei Umgestaltung laustummer Rinder usw.

Der Rechtsweg

ist im wesentlichen folgender: In den gesetzlich bestimmten Fällen entscheidet der Vorsitzende des Stadtausschusses durch Bescheid allein; soweit er in Beschlüssen das Recht hat einen Bescheid zu erlassen. Gegen diesen

StA. im Vormerk

Von der StA. wird uns geschrieben: Die holländische StA. wird in kommenden Monaten mit verstärkter Aktivität wirken. Arbeiter- und Funktionärskörper sind umgehrt. Die wichtigsten Beschlüsse werden in 4 Wochen. Der erste Antrag dazu wird am Mittwoch gemacht. Die erste neue Gruppe, eine Ringengruppe von 14 bis 15 Mitgliedern, wird im Heim, Große Wärdstraße 7, gegründet. Genossen, hilft, schickt eure Kinder in die StA.!

Unser täglich Brot

— wird immer teurer, flakt billiger! Das Preußische Staatsliche Landeskongress gibt eine Übersicht über die Preisbewegung während des Monats Mai, aus der hervorgeht, daß die Brotpreise sich weiter gesteigert haben.

Von insgesamt 135 Berichtsgemeinden wurde der Halbjahresdurchschnittspreis für die Zeit von Oktober 1930 bis März 1931 für jede Met in 98 Orten (das sind 72,6 Prozent) übergriffen. In 36 Orten sind die Preise mit Ausnahme von Köln, in letzteren 11 Orten entspricht der Preis dem Durchschnitt des Halbjahres Oktober 1930 bis März 1931 und nur in 26 Orten wird dieser unterschritten.

Die gesetzliche Bestimmung, wonach der Preispreis gestellt werden muß, wenn er den Höchstpreis übersteigt, ist seit 1931 übergriffen, in ohne Zweifel erfüllt. Nicht erfüllt ist die der Regierung auferlegte Pflicht.

Zählung — Selbstmord?

Gestern früh fand man in den Fußboden einer im Hinterhof am Rembrandtwerk Weg wohnender Arbeiter ermittelt wurde. Es ist anzunehmen, daß der Mann Selbstmord verübt hat. Arbeitslosigkeit dürfte der Grund dazu sein.

Es brannte

In der Breite Straße entzünd gestern abend, wahrscheinlich durch Kurzschluss, ein Stubenbrand, von einem Polizeibeamten gelöscht wurde. Der Schaden ist nur gering. — Im Bahnhofsamt am Angerweg entzünd durch Funkenflug ein Grabfeld, der von der Zerstörer Wehr beiläufig wurde.

Obst walden

Warnung vor dem Genuß von amerikanischen Apfelsinen. Dem Amerikanischen Preisbeiseit wird auf dem Preussischen Wirtschaftsausschuß (Wirtschaftsausschuß) für Volkswirtschaftliche Angelegenheiten. Infolge des Genußes von amerikanischen Apfelsinen ist eine Familie an Verfallungsbeschwerden (Erbrechen) erkrankt. Die Untersuchung der Kefel hat ergeben, daß auf der Apfelsinenseiten Spuren von Arsen nachgewiesen werden konnten. Dies rührt daher, daß die Obstbäume gegen Obstdiebstahl mit einer arsenhaltigen Masse bestrichen werden und daß gegenwärtig Mengen dieses Pflanzens auf dem Apfelsinenseiten (Erbrechen) ist, sofern es in ungeschütztem Zustand genossen wird, vor dem Gebrauch gründlich zu waschen.

StA., Ortsverein Halle

- Ortsbezirksversammlungen finden im Laufe dieser Woche wie folgt statt:
Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr:
6. Ortsbezirk: Restaurant „Zum Turnerschlößchen“, Grünstraße. Redner: Stadterhaltung Gernot Klemm (Halle).
10. Ortsbezirk: Restaurant „Gördis Bierstube“, Jacobstraße. Bericht vom Vortragsführer.
12. Ortsbezirk: Hotel „Bertholdshaus“, Sandtagsabgeordneter. Redner: Stadterhaltung über „Der Kampf um Bremen“.

Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Versammlungen reiflich und pünktlich zu erscheinen. Das Sekretariat.

Bescheid kann Beschlußfassung durch das Kollegium auf auch mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren oder Beschwerde beim Bezirksausschuß beantragt werden. Gegen die Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren ist die Berufung beim Bezirksausschuß zulässig. Im übrigen ist der Vorsitzende gemäß § 32 WSt. berechtigt, im öffentlichen Interesse, falls er im Kollegium überstimmt wird, aus eigenem Recht Berufung einzulegen.

Die Tätigkeit der Mitglieder des Stadtausschusses wird ehrenamtlich ausgeübt. Sie ist, wie ich schon aus der letzten Mitteilung der Mitglieder des Stadtausschusses wissen mußte, außer genehmigter Dienstleistungen unzulässig. Die Mitglieder des Stadtausschusses müssen außer genehmigter Dienstleistungen unzulässig. Die Mitglieder des Stadtausschusses müssen außer genehmigter Dienstleistungen unzulässig.

Gelungener Sternabend

Der wackelige Stern „StA.“ (Klasse 1). Recht zahlreich hatten sich Eltern und Schulkollegen zu dieser Veranstaltung eingefunden. Mit viel Beifall wurden die Vorträge der Arbeiterpartei, Germania-Festspielers im „StA.“, wackeligen sowie die Olympiabewertungen der Sportler vom „Regatta-Club“ ausgenommen. Die Lomblia-Gewinn waren von Schulführern und Helferinnen besprochen. — Ertränke den Teilnehmern manche Freude und den Beifall der erkranklichen Aufbruch zur Fortsetzung.

Toleranz.

Die rechtsradikale Zeitschrift „Der Ring“ veröffentlicht eine Aufsatz über die Vorgänge in den evangelisch-theologischen Fakultäten. Sie kritisiert, daß die Selbstbezüge theologische Fakultät auf Grund rechtsradikaler Erzieher die Berufung des Pfarrers Dehn an die Selbstbezüge Universität verbindet habe. Sie geht in diesem Zusammenhang auf die Berufung des evangelischen Theologen Gogarten nach Breslau ein. Dazu schreibt sie:

Die Fakultät lehnte Gogarten einstimmig ab. Gogarten bekennt sich zu einer Theologie, die ihn in das Lager der Rechten verweist. Der preussische sozialistische Kultusminister Dr. G. Wilmanns hat sich dadurch nicht gebunden. Gogarten, Gogarten gegen den Fortschritt der Wissenschaft einzureihen, auf den er nach unerer Meinung schon seit langem Anspruch hat. Wenn wir die Berufung Gogartens, vor allem das Eintreten des preussischen Kultusministers für ihn, als einen heute gewiß seltenen Akt schätzbarer und hoher Regierungsführung lobend begrüßt haben, denn haben wir die Pflicht, heute zu betonen, wieviel im Falle Dehn gefehlt worden ist.

Die wahre Toleranz im evangelischen Christentum ist zu den Sozialdemokraten entfallen! Gibt es etwas, was für die wahre Situation der evangelischen Kirche von heute und für ihren wahren Charakter beschreibender ist?

Nicht weniger als acht Verfallensfälle — die meisten erkrankungswirksame Verfallensfälle — werden vom Wohnenden gemeldet. Einen größeren Unfall gab es an der Eke Universitätstr. Unterberg. Hier liefen ein Motorradfahrer und ein Radfahrer zusammen. Die Radfahrer erlitt beim Sturz erhebliche Verletzungen. — Die Verfallensfälle sind: Das soziale Wohnungsproblem. Richard Simpson erweist in der zweiten Nummer, „Wohnungsbaue und Miete“, dem von der Werbeabteilung der Partei herausgegebenen Informationsblatt, in ausgedehnter, umfassender Darstellung das Wohnungsproblem. Auch diese zweite Ausgabe von „Wohnungsbaue und Miete“, der weitere in entsprechenden Notizen folgen werden, wird dazu beitragen, die Öffentlichkeit über die Arbeiten der Sozialdemokratie zu unterrichten.

Die Berufungspflicht der Beihilge. Auf Grund einer Antwort des zuständigen Ministers auf eine Kleine Anfrage besteht für Beihilge über 18 Jahre keine Berufungspflicht. Dagegen können Bundesverpflichtung durch die Bundesverpflichtung verpflichtet werden, an dem Unterrichts der Berufungspflicht teilzunehmen, sofern ihnen hierzu Gelegenheit geboten ist. Die Aufnahme dieser Beihilge steht in dem Willen der Schulträger.

KPD. braucht Propagandaleichen

Die Strategie der kommunistischen Straßentumulte

Salle, den 15. Juni.

Der „Klassenkampf“ pöbelte am Sonntag in der bekannt unlässigen Art und Weise, mit dem dieses Blatt sich besonders gern die sozialdemokratische Presse vornimmt, unser Feiger Brudergesicht an, weil der „Volksbote“ Beweise beibrachte, daß die Erwerbslosenfraktion und Angriffe gegen die Polizei auch in jüngster Zeit wieder von einer kommunistischen Zentralfstelle angesteuert und organisiert werden, um die notwendig gebrauchten Propaganda-Blutspuren zu beschaffen. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Zusammenrottungen und Zusammenkünfte jugendlicher Kommunisten mit der Polizei von zentraler Stelle organisiert sind.

Dem Sozialdemokratischen Pressebüro liegt ein kommunistisches Rundschreiben vor, aus dem Ziele und Absichten der KPD. klar und einwandfrei hervorgehen. Danach ist es Aufgabe der kommunistischen Organisationen, die Polizei zu bändigen und in ihrem zu halten. Aus diesem Grunde haben die Organisationen den Befehl erhalten, an den verschiedensten Orten immer wieder Demonstrationen zu veranstalten und anzumelden, um die Polizei zur Verteilung ihrer Kraft zu zwingen.

Insgesamt unterscheidet das Rundschreiben fünf Arten von Demonstrationen: Einzel angeordnete oder lokale Demonstrationen, dann solche, die auch angemeldet sind, aber in der Absicht veranstaltet werden, mit der Polizei „leichte Zusammenstöße“ herbeizuführen. Die dritte Kategorie von Demonstrationen soll, wie die vierte, ebenfalls angemeldet werden. Sie unterscheiden sich dadurch, daß die dritte Kategorie von besonders bewaffneten Trupps unauffällig begleitet wird, die von außen her eingreifen, während bei der vierten Kategorie bewaffnete Leute in den Demonstrationstrupps marschieren sollen. Schließlich werden als fünfte Kategorie rein „bewaffnete Demonstrationen“ empfohlen. In diesem Zusammenhang heißt es in dem Rundschreiben weiter, daß die Kategorien 1 und 2 für den heutigen Kampf nicht mehr in Frage kämen, sondern gegenwärtig die Kategorien 3 und 4 als Vorstufe für die bewaffneten Demonstrationen dauernd anzuwenden sind.

Der Widerstand dürfe in den nächsten Wochen nicht nachlassen; er müsse gesteigert werden und sich nach den polizeilichen Anwehnmitteln wandeln. Für die Anwendung der fünften Kategorie sei die Zeit noch nicht gekommen, aber es sei fünf Minuten vor zwölf!

Neben diesen reichszentralen Anweisungen geben die Bezirksleitungen der KPD. ihrerseits Anweisungen heraus, und auch dafür haben wir ein Beispiel. Es trägt den 8. Juni als Datum, wendet sich an die Betriebszellen des Bezirks und ist, „mit kommunistischen Gruß! H. H. Halle-Merseburg“ unterschrieben. Darin heißt es:

„Jetzt kommt es darauf an, die Ergebnisse der Gewerkschafts- und ZR.-Tagung (!) auch in den unter-

sten Parteioptionen und besonders in Betriebszellen zur Grundlage der weiteren Arbeit zu machen. In allen Betrieben muß sofort eine planmäßige, systematische und umfassende politische und organisatorische Tätigkeit zur

Auslösung von Kämpfen und Aktionen, zur Auswertung des SPD-Parteitags, zum Kampf gegen Rechtsismus (das ist der Deckmantel, genau wie die Nazis „gegen den Volkseigenen“ rufen, Red.) und imperialistischen Kriegsverbrechen zur Verteidigung der Sowjetunion und Durchführung des politischen Kampfes am 1. August einleiten.“

Weiter wird in diesem Rundschreiben die Abhaltung von Sitzungen angeordnet, zu denen ein W.-Vertreter erscheinen wird. Wir wissen also, was wir davon zu halten haben, wenn „spontane Ausdrücke der Wut“ erfolgen. Wir wissen auch, was zuerst in allen und die Polizei zum Gebrauch der Waffe zwingen wird. Beißt es doch in dem Rundschreiben der Reichszentrale der KPD für diese Urkunden nicht umsonst „bewaffnete Trupps“.

Wie genau es die örtlichen Einheiten der KPD. mit der Befolgung der zentralen Anweisungen nehmen, zeigt ein Bericht der sozialdemokratischen Volkstimme über die Kämpfe, die sich bei der Lage in Frankfurt a. M. abspielten: „Es wiederholten sich die kommunistischen Ansammlungen im Stadtinnern, und noch deutlicher wie an den vorhergehenden Tagen sah man, daß sich bei diesen Unruhen nicht um spontane Empörung stolischer Volksmassen, sondern um eine organisierte Bewegung handelt, die von einer Zentralfstelle aus befohlen, geleitet und gelenkt wurde. Man beobachtete auch Geheuer, wie Robfahrer und Motorradfahrer als Befehlsermittler fungierten und ihren Anhang gegen die Polizei dirigierten.“

Vorläufig verläßt die KPD. ihre Vermittlungsschichten gegen die Polizei in der Unruhezeit zu schlagen, und zwar überall nach der gleichen Methode. Ob im Westen, im Norden oder im Süden, überall warteten die organisierten Scharen bisher zu ihren Attacken den Einbruch der Nacht ab. Setzte die Polizei ein, dann hagelte es Steine und Hinterhalt Blumensträuße, Säbelen und Rohren, während sich der organisierte Mob auf der Straße vorübergehend zerstreute. Wenige Minuten später tauchte er im Rücken der Polizei wieder auf. Der Krampf ging von neuem los. Wie immer, halten sich die Drahtzieher im Hintergrund. Soßen sie ihr Ziel erreicht, dann rufen sie zu Protesthandlungen gegen Vorgänge auf, die sie selbst provoziert haben.

Warum das alles? Angeblich, um die Not der Arbeiterchaft zu lindern. Als ob auch nur einem Menschen wirklich geholfen würde, wenn die Polizei prozessiert und attackiert würde, wenn Fensterheben eingeworfen und Barrikaden gebaut werden. Nein, das Treiben der KPD. gilt nicht der Linderung, sondern der Steigerung der Not der Erwerbslosen. Was sie treibt, ist ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterchaft, dem mit allen staatlichen Mitteln entgegengetreten werden muß.

MERSEBURG

Verlagsstelle des „Volksboten“: Stenardstraße 14, Telefon 3553. Annahme des Abonnement: Metzger, Buchdruckerei, Berlin - S. 100, Postfach 10. Vertretungsstelle: Kurt Schöler, Seifenstraße 4, Tel. 514.

Arbeitsschutz und Arbeitsaufsicht

Ueber dieses Thema, im besonderen Hinblick auf die Frau, sprach in interessanter Weise auf der letzten, wieder sehr stark besuchten Versammlung der sozialdemokratischen Frauen die Genossin Dr. Henjeleit.

Der Arbeitsschutz betrifft nur die abhängige Arbeiterkraft, die verkauft werden muß, um leben zu können. Unmöglichkeiten sind auch im Berufsstande keine, man muß sich nur an die Mittel halten. Es geht sich bei jeder Arbeit, denn für jeden Geistes waren ja diese Zustände, unter denen er zu leiden hatte, nur ein Übergangsstadium; bei sich doch jedem die Gelegenheit, einmal Handwerkermeister zu werden. Das wurde jedoch grundmäßig anders, als mit der Einführung der Mechanik, der Entdeckung der Dampfmaschine, die Industrie entwickelte. Damit änderte sich das Bild der Gesellschaft, das proletarisch entstand. Damals herrschte die Handarbeit, die jeder betreiben konnte. Selbständige Arbeitstätigkeit gab es selbst für Frauen und Kinder im zarten Alter.

Eines der Mittel der Gesellschaft, damit fertig zu werden, war der Arbeitsschutz in England, um zuerst die Industrie entlastet, nach dem Land, in dem der Arbeitsschutz die ersten Formen annahm. Zwar geschah das nicht aus Liebe zur Arbeiterkraft, wenn auch Pflichterfüllung und Ehrlichkeit jener Zeit auf das Arbeitstend hinwies, sondern der Arbeitsschutz entstand aus dem Kampfe heraus, die die Grundbesitzerklasse, die Landaristokratie, dem aufstrebenden Unternehmertum, der erwerbenden Bourgeoisie, lieferte. Rein aus einer Arbeitsschutzpolitik erlerter heraus wurden die ersten Bestimmungen eines Arbeitsschutzes. Es ist kennzeichnend, daß

Die ersten Arbeitsschutzgesetze die Kinderarbeit betrafen.

Um 1800 herum hatten sich in der englischen Textilindustrie in Bezug auf Ausbeutung von Kindern furchtbare Zustände entwickelt, die zum Himmel schrien. Es war mehr als interessant, von dem furchtbaren Elend zu hören, in dem die Arbeiterkinder in der frühesten des Kapitalismus lebten. Erhaltenere Dokumente liegen darüber vor. Wäre dem nicht so, man würde es kaum für glaubhaft halten.

Mit Arbeitsschutzgesetzen war es freilich auch noch nicht getan, solange man u a b a n g a n g e

kontrollieren über ihre Ausführung vorhanden war. Aber auch das gelang in England durch die gegenseitige Bekämpfung der aristokratischen und bürgerlichen Klasse.

Reichlich ein Menschenalter später als in England setzte erst die Industrialisierung in Preußen Deutschland ein. Originell ist, daß

in Preußen die Arbeitsschutzgesetzgebung ihre Anregung von militärischen Stellen bekommen hat, die feststellen mußten, daß der militärische Nachwuchs durch die Ausbeutung in den Fabriken immer schlechter wurde. Da in Preußen das Militär über alles ging, kam auch schnell die Verwaltungsmodernisierung in Gang. Auch in Preußen betrafen, wie in England, die ersten Maßnahmen die Arbeitsschutz. Erst geschaffen aber Verbesserungen immer nur von militärischen Stellen. Man fand, die damaligen gesetzlichen Bestimmungen, die als Bismarck, dem Arbeitsschutz zuerst reaktionär gegenüber. Erst nach 1900 gelang es durch den Einfluß der Arbeiterchaft, den Arbeitsschutz erheblich abzubauen.

Grundmäßige Bewegungen wurden dann 1919 durch das Verbot der u n e r f a h r t e n erreicht, indem Hilfskräfte aus der Arbeiterchaft bei den Gewerkschaften aufgenommen werden konnten. Weiter wurde durch das Betriebsrätegesetz auch der Arbeitsschutz betrachtet. Der große Sinn des Arbeitsschutzes beruht in der Verbesserung des Arbeitsmarktes. Als Beispiel möge nur die Verkürzung der Arbeitszeit dienen.

Genossin Henjeleit kam dabei auf die Frauenarbeit im besonderen zu sprechen. Die Scheidung in Männer- und Frauenarbeit ist nicht als Konkurrenz zu betrachten, sondern als Arbeitsteilung. In den meisten Fällen ist eine Frau nicht durch einen Mann zu ersetzen und umgekehrt. Unter der Maske der Doppelverdienner wird erstrebt, die Frau, die ja zudem ein höherwertigen Arbeitsmarkt hat, überhaupt von ihren Arbeitstellen zu verdrängen. Deshalb muß man auch mit gewissen Vorbehalten reaktionärer Gewerkschaften um vermehrten Frauenlohn für vorzüglich sein. Auch sie dienen vielfach dem Zweck, die Frau zu verdrängen.

Eine lebhafteste Debatte schloß sich dem Vortrag an, der nicht auf diesem Gebiete liegt, sondern der Verbesserung der Arbeiterchaft. Es ist unrichtigen Interesse nötig, sich eingehend mit diesen Fragen zu befassen.

Die einheimischen weiblichen Arbeitskräfte in derselben Weise, wie das mit den Polen geschah, durch Arbeitsschutz an die Arbeit zu binden.

In Leipzig wurde von der Gewerkschaft mit dem Frauen ein Vertrag abgeschlossen, nach dem sich

die Frauen verpflichten, bis zum 15. Dezember regelmäßig zur Arbeit zu kommen.

Damit die Verpflichtung auch eingehalten wird, bestimmt der Vertrag, daß den Frauen eine Kaution in Höhe von 36 M. vom Lohn abgezogen wird. Diese Kaution wird nur bei völliger Umgehörung der Verpflichtung am 15. Dezember mit 2 M. Ausschlag für Nichterfüllung. Jeder haben die Frauen in Leipzig diesen Vertrag unterschrieben und sich dadurch an die Arbeitsstelle gebunden. Wer sich durch den Vertrag nicht gebunden fühlt, das ist der Inspektor. Er prüft auf alle Verträge. In den letzten Tagen wurde eine letzte Arbeiterin entlassen, weil sie sich w a n g e r t. Der Vater dieser Entlassenen arbeitet als Buntsticker auf demselben Gute. Dieser Ausseher kann sich nicht genug tun im Anstreben der Leute bei der Arbeit; er war auch der erste, der sich in die Rufe für das letzte „Volksboten“ einmischte. Dieser Arbeiterin entlassen, weil sie sich w a n g e r t. Der Vater dieser Entlassenen arbeitet als Buntsticker auf demselben Gute. Dieser Ausseher kann sich nicht genug tun im Anstreben der Leute bei der Arbeit; er war auch der erste, der sich in die Rufe für das letzte „Volksboten“ einmischte.

Für die übrigen Landarbeiter des Rittergutes Leipzig soll dieses Vorkommnis eine ernste Mahnung sein, sich unzulänglich dem Deutschen Landarbeiterverband anzuschließen, denn nur eine starke Gewerkschaft kann die Landarbeiter vor solchen reaktionären Maßnahmen seitens der Arbeitgeber schützen.

Leuna. Gestellung von fester Arbeiterchaft. Das Leunawerk hat vor einiger Zeit die Verteilung von fester Arbeiterchaft, sogenannt „todendem Eis“ aufgenommen. Es handelt sich jedoch hierbei um keine neue Erfindung, sondern um ein Verfahren, das schon in Deutschland als auch im Ausland seit langem bekannt ist. Die Fabrikationsmodernisierung ist vorerst in dem Zweck erfüllt, festzustellen, ob in Deutschland ein entsprechender Absatzmarkt für dieses Fabrikat vorhanden ist. Die Herstellungskosten sollen weit geringer sein als die für künstliches Kobalt.

Kreis Cuesfurt

SPD.-Ortsvereine Neuburg a. V. Balgstädt

Am Dienstag, den 16. Juni, abends 8.30 Uhr, fand im „Schützenhaus“ in Neuburg a. V. eine erweiterte Mitgliederversammlung der SPD. (alt. Genossenschaft) (Merseburg) statt.

Bericht vom Reichsparteitag. Wir leben hierzu alle Anhänger der Sozial-

Eine Anglistische

Beim Einbiegen von der Hallischen Straße in die Wandschlagstraße fuhr am Sonntag gegen 14.30 Uhr ein Lieferkraftwagen gegen die Bordsteine und stürzte dabei um. Nur mit Mühe konnte er wieder aufgerichtet werden und seinen Weg fortsetzen. Der Sachschaden ist schwer.

An der Hallischen Straße fuhr am Sonntag gegen 10.45 Uhr zwei Motorräder zusammen. Beide Fahrer mit Verletzungen; der eine Fahrer hatte ein Kind auf seinem Rad. Dieses allein wurde leicht verletzt, während die anderen mit dem Schrecken davonkamen.

Gestern gegen 13.15 Uhr verlegte angeblich bei einer Privatwohnung die Steuerung. Es fuhr von dem Grundriß Hallische Straße 43 auf den Bürgersteig und verlegte dabei ein Kind leicht am Arm.

Ein Zusammenstoß ereignete sich gestern gegen 17.30 Uhr zwischen zwei Privatkraftwagen am Wallkerker in der Brudenstraße in Leuna. Es entstand ein Sachschaden; Personen wurden nicht verletzt.

Nachlese Bettler

In einem hiesigen Café erschienen gestern nachmittags zwei Leute und versuchten zu betteln. Als sie aus dem Lokal gewiesen wurden, griffen sie die Wäste tätlich an. Diese wehrten sich, wobei der eine Bettler leicht und der andere schwer verletzt wurde, so daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Wegen Hausfriedensbruch und weil er der Polizei Widerstand leistete, wurde der weniger Verletzte ins Polizeigefängnis eingeliefert.

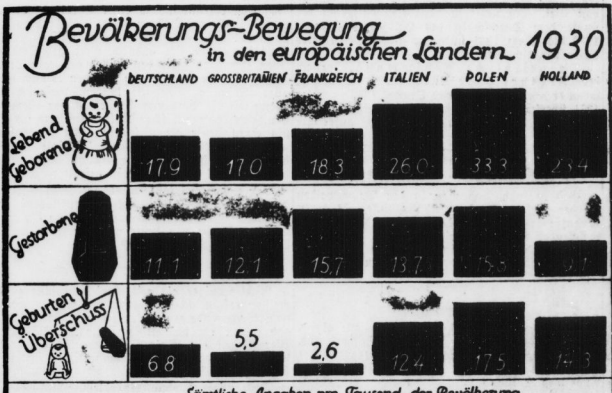
„Sonntagsvergütungen“

In Merseburg überboten sich gestern einige Organisationen in Unyigen, um von ihrem Dasein Kenntnis zu geben. So demonstrierten nachmittags vorangegangener Marktversammlung die Kommunisten mit circa 300 Personen, von denen allein 150 Frauen und Kinder waren, mit zwei Mühlsteppen durch die Stadt. Ihr gleiches Ziel setzen auch der Stahlhelm mit 125 Personen und die Schützen mit 140 Menschen durch die Straßen der Stadt, so daß man die Polizei zu ihrem „Sonntagsvergütungen“ nur begnadigtüchigen konnte.

Schlager. Unter dem Einfluß des Alkohol entland in den Anlagen am Park-Café eine Schlägerei, in deren Verlauf der Orgelbauer G. seinem Kumpan E. das Messer in den Leib jagte; doch auch G. hatte eine blutende Kopfverletzung davongetragen. Nach Einlegung eines Verordnungsbeschlusses konnte E. seine Wohnung wieder aufsuchen.

Gewerkschaften für einheimische Arbeiterinnen in der Landwirtschaft

Den Kandidatinnen ist der VdBa des Polen-Landtags eine Liste für das Jahr 1931 machend in die Güter abzugeben. Sie würden, daß ihre Arbeiter nicht ordnungsgemäß zu Erde gebracht werden könnten. Es mehren sich deshalb die Verträge,



In allen Ländern wird die Frage des Bevölkerungserwüchses aus ökonomischen, politischen und sozialwissenschaftlichen Gründen mit größtem Interesse verfolgt. Zwischen den Extremen Polen (17,5 Ueberschuß pro Tausend der Bevölkerung) und Frankreich (2,6) hält Deutschland mit 6,8 pro Tausend (für das Jahr 1930) den einen verhältnismäßig guten Mittelplatz, nachdem die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch bei den Geburtenhöhen beträchtlich sinken liegen.

Der Flughafen Halle-Leipzig hat im Monat Mai folgendes Betriebsergebnis zu verzeichnen: Im planmäßigen Luftverkehr starteten 462 Flugzeuge (im Vorjahre 491) und landeten 463 Flugzeuge (490). Befördert wurden insgesamt: 2085 Personen (2107), 101 16 680 Kilogramm (24 648), Fracht: 33 (46 538) Kilogramm.

Zoll gewonnen? In der Nacht zum Sonntag schlug eine betrunkenen Frau in der Leipziger Straße an, warf sich auf die Straße und blieb wie wild um sich. Das Ueberfallkommando mußte sich ihrer annehmen.

Rebellen Theater. Die erfolgreichen „Grimmaler Rebellen“ werden bis Ende Juni fortgeführt. Als Gaststar treten Schloß mit den Pantomime-Gesellen, Cornelia, Jessingler Marie und der Rache Kriemhild aus Dresden. Festspiel findet die vierte Produktion für die Anzeigenschaltungen statt. Im letzten Abend tritt Direktor Herr Rosen mit neuem köstlichen Repertoire persönlich auf.

Ballspiele. Morgen Vormittag Gise Küllinger vom Wandersportklub mit 10 Personen in „Wandner Ball“, Operettenkonzert in fünf Akten.

um sich. Das Ueberfallkommando mußte sich ihrer annehmen.

Rebellen Theater. Die erfolgreichen „Grimmaler Rebellen“ werden bis Ende Juni fortgeführt. Als Gaststar treten Schloß mit den Pantomime-Gesellen, Cornelia, Jessingler Marie und der Rache Kriemhild aus Dresden. Festspiel findet die vierte Produktion für die Anzeigenschaltungen statt. Im letzten Abend tritt Direktor Herr Rosen mit neuem köstlichen Repertoire persönlich auf.

Ballspiele. Morgen Vormittag Gise Küllinger vom Wandersportklub mit 10 Personen in „Wandner Ball“, Operettenkonzert in fünf Akten.



Großbad der Arbeiter in Walldorf Leuna

300 Wassersportler am Start -- Über 6000 Zuschauer

(Von unserem th-Beirichter Kater.)
Walldorf Leuna war gestern der Schauplatz großer wassersportlicher Kämpfe, veranstaltet von der Sparte Wassersport des 6. Bezirks im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Arbeiter-Sportler gaben damit die schönsten Wettkämpfe ihrer Branche. Über 6000 Zuschauer füllten das Bad, ab 15 Uhr über 800 aktive Schwimmer ihren Aufmarsch aufstellend.

Gemeindefürsorge Gornely begrüßte die Arbeiter-Sportler und verlas es in ausgeschnittener Weise, die Ziele des Arbeiterports mit der Schöpfung großer gemeinsamer Taten in Verbindung zu bringen. Die Arbeiter-Sportler dankten für die gute Aufnahme, würdigten viele große gemeinsinnige Taten der Gemeinde Leuna und wünschten, daß die

Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts für die Schulen

folgen möge. Mit großem Interesse folgten die Zuschauer dem Verlauf der Kämpfe. Die Wettkämpfe der Wassersportler in Freistil und Einzelkämpfen am Ende. Es waren so viele angetreten, daß ein Teil der Wettkämpfe abgebrochen werden mußte, was nicht die Veranstaltung im Ganzen beeinträchtigte. In der letzten Abwehr wurden durch den Beschluß des Wettkampfschlichters die Freistil-Kämpfe für ihren Charakter und die Anwesenheit der mutigen Springer für Gruppenwettbewerbe im Sprungturm. Der Glanz der Veranstaltung war

das Auftreten der vier Turmatleteten in ihrer ufigen Aufmachung. Die Zuschauer lobten vor Allen über diesen „Bes“. Der Arbeiter-Wasser-Rettungsverein demonstrierte Rettungsübungen, die die größte Aufmerksamkeit fanden. Besonders Interesse fand das Wasserballspiel zwischen R.R. Halle und R.H.B. Halle.

Beide Mannschaften zeigten ein schönes Spiel. Durch nicht gutes Zusammenpielen der Regatta-Klub-Spieler blieb das Spiel in den ersten Halbzeiten offen. Mit 3:2 wurden die Zeiten gewechselt. Jetzt zeigte sich die schwimmkräftige und technische Überlegenheit der Regatta-Klub-Spieler, so daß der Ball noch sechsmal am Rande bei R.H.B. landete.

Regatta-Klub Halle führt jetzt in der Tabelle als einziger ohne Verlustpunkte.

Die Veranstaltung zeigte, daß die Arbeiter-Wassersportbewegung im 6. Bezirk weiter auf dem Vormarsch ist.

Die Ergebnisse.

Wasserballspiele 4x20 Meter. (Am Start 7 Mannschaften.)
R.R. Halle 1:2:10,4; R.H.B. Halle III 2:17,9; R.H.B. Halle II 3:20,4; R.H.B. Halle I 3:27,9; R.H.B. Halle IV 3:30,4; R.H.B. Halle V 3:37,9; R.H.B. Halle VI 3:45,4; R.H.B. Halle VII 3:52,9; R.H.B. Halle VIII 3:60,4; R.H.B. Halle IX 3:67,9; R.H.B. Halle X 3:75,4; R.H.B. Halle XI 3:82,9; R.H.B. Halle XII 3:90,4; R.H.B. Halle XIII 3:97,9; R.H.B. Halle XIV 3:105,4; R.H.B. Halle XV 3:112,9; R.H.B. Halle XVI 3:120,4; R.H.B. Halle XVII 3:127,9; R.H.B. Halle XVIII 3:135,4; R.H.B. Halle XIX 3:142,9; R.H.B. Halle XX 3:150,4; R.H.B. Halle XXI 3:157,9; R.H.B. Halle XXII 3:165,4; R.H.B. Halle XXIII 3:172,9; R.H.B. Halle XXIV 3:180,4; R.H.B. Halle XXV 3:187,9; R.H.B. Halle XXVI 3:195,4; R.H.B. Halle XXVII 3:202,9; R.H.B. Halle XXVIII 3:210,4; R.H.B. Halle XXIX 3:217,9; R.H.B. Halle XXX 3:225,4; R.H.B. Halle XXXI 3:232,9; R.H.B. Halle XXXII 3:240,4; R.H.B. Halle XXXIII 3:247,9; R.H.B. Halle XXXIV 3:255,4; R.H.B. Halle XXXV 3:262,9; R.H.B. Halle XXXVI 3:270,4; R.H.B. Halle XXXVII 3:277,9; R.H.B. Halle XXXVIII 3:285,4; R.H.B. Halle XXXIX 3:292,9; R.H.B. Halle XL 3:300,4; R.H.B. Halle XLI 3:307,9; R.H.B. Halle XLII 3:315,4; R.H.B. Halle XLIII 3:322,9; R.H.B. Halle XLIV 3:330,4; R.H.B. Halle XLV 3:337,9; R.H.B. Halle XLVI 3:345,4; R.H.B. Halle XLVII 3:352,9; R.H.B. Halle XLVIII 3:360,4; R.H.B. Halle XLIX 3:367,9; R.H.B. Halle L 3:375,4; R.H.B. Halle LI 3:382,9; R.H.B. Halle LII 3:390,4; R.H.B. Halle LIII 3:397,9; R.H.B. Halle LIV 3:405,4; R.H.B. Halle LV 3:412,9; R.H.B. Halle LVI 3:420,4; R.H.B. Halle LVII 3:427,9; R.H.B. Halle LVIII 3:435,4; R.H.B. Halle LIX 3:442,9; R.H.B. Halle LX 3:450,4; R.H.B. Halle LXI 3:457,9; R.H.B. Halle LXII 3:465,4; R.H.B. Halle LXIII 3:472,9; R.H.B. Halle LXIV 3:480,4; R.H.B. Halle LXV 3:487,9; R.H.B. Halle LXVI 3:495,4; R.H.B. Halle LXVII 3:502,9; R.H.B. Halle LXVIII 3:510,4; R.H.B. Halle LXIX 3:517,9; R.H.B. Halle LXX 3:525,4; R.H.B. Halle LXXI 3:532,9; R.H.B. Halle LXXII 3:540,4; R.H.B. Halle LXXIII 3:547,9; R.H.B. Halle LXXIV 3:555,4; R.H.B. Halle LXXV 3:562,9; R.H.B. Halle LXXVI 3:570,4; R.H.B. Halle LXXVII 3:577,9; R.H.B. Halle LXXVIII 3:585,4; R.H.B. Halle LXXIX 3:592,9; R.H.B. Halle LXXX 3:600,4; R.H.B. Halle LXXXI 3:607,9; R.H.B. Halle LXXXII 3:615,4; R.H.B. Halle LXXXIII 3:622,9; R.H.B. Halle LXXXIV 3:630,4; R.H.B. Halle LXXXV 3:637,9; R.H.B. Halle LXXXVI 3:645,4; R.H.B. Halle LXXXVII 3:652,9; R.H.B. Halle LXXXVIII 3:660,4; R.H.B. Halle LXXXIX 3:667,9; R.H.B. Halle LXXXX 3:675,4; R.H.B. Halle LXXXXI 3:682,9; R.H.B. Halle LXXXXII 3:690,4; R.H.B. Halle LXXXXIII 3:697,9; R.H.B. Halle LXXXXIV 3:705,4; R.H.B. Halle LXXXXV 3:712,9; R.H.B. Halle LXXXXVI 3:720,4; R.H.B. Halle LXXXXVII 3:727,9; R.H.B. Halle LXXXXVIII 3:735,4; R.H.B. Halle LXXXXIX 3:742,9; R.H.B. Halle LXXXXX 3:750,4; R.H.B. Halle LXXXXXI 3:757,9; R.H.B. Halle LXXXXXII 3:765,4; R.H.B. Halle LXXXXXIII 3:772,9; R.H.B. Halle LXXXXXIV 3:780,4; R.H.B. Halle LXXXXXV 3:787,9; R.H.B. Halle LXXXXXVI 3:795,4; R.H.B. Halle LXXXXXVII 3:802,9; R.H.B. Halle LXXXXXVIII 3:810,4; R.H.B. Halle LXXXXXIX 3:817,9; R.H.B. Halle LXXXXXX 3:825,4; R.H.B. Halle LXXXXXXI 3:832,9; R.H.B. Halle LXXXXXXII 3:840,4; R.H.B. Halle LXXXXXXIII 3:847,9; R.H.B. Halle LXXXXXXIV 3:855,4; R.H.B. Halle LXXXXXXV 3:862,9; R.H.B. Halle LXXXXXXVI 3:870,4; R.H.B. Halle LXXXXXXVII 3:877,9; R.H.B. Halle LXXXXXXVIII 3:885,4; R.H.B. Halle LXXXXXXIX 3:892,9; R.H.B. Halle LXXXXXXX 3:900,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXI 3:907,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:915,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:922,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:930,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:937,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:945,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:952,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:960,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:967,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:975,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:982,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:990,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:997,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1005,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1012,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1020,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1027,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1035,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1042,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1050,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1057,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1065,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1072,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1080,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1087,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1095,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1102,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1110,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1117,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1125,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1132,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1140,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1147,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1155,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1162,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1170,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1177,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1185,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1192,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1200,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1207,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1215,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1222,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1230,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1237,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1245,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1252,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1260,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1267,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1275,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1282,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1290,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1297,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1305,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1312,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1320,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1327,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1335,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1342,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1350,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1357,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1365,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1372,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1380,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1387,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1395,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1402,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1410,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1417,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1425,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1432,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1440,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1447,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1455,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1462,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1470,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1477,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1485,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1492,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1500,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1507,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1515,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1522,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1530,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1537,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1545,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1552,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1560,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1567,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1575,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1582,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1590,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1597,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1605,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1612,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1620,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1627,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1635,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1642,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1650,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1657,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1665,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1672,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1680,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1687,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1695,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1702,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1710,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1717,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1725,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1732,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1740,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1747,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1755,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1762,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1770,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1777,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1785,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1792,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1800,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1807,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1815,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1822,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1830,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1837,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1845,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1852,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1860,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1867,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1875,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1882,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1890,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1897,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1905,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1912,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1920,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:1927,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:1935,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:1942,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:1950,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:1957,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:1965,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:1972,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:1980,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:1987,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:1995,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2002,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2010,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2017,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2025,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2032,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2040,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2047,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2055,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2062,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2070,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2077,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2085,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2092,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2100,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2107,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2115,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2122,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2130,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2137,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2145,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2152,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2160,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2167,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2175,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2182,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2190,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2197,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2205,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2212,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2220,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2227,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2235,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2242,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2250,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2257,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2265,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2272,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2280,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2287,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2295,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2302,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2310,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2317,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2325,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2332,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2340,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2347,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2355,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2362,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2370,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2377,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2385,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2392,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2400,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2407,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2415,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2422,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2430,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2437,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2445,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2452,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2460,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2467,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2475,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2482,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2490,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2497,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2505,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2512,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2520,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2527,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2535,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2542,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2550,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2557,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2565,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2572,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2580,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2587,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2595,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2602,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2610,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2617,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2625,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2632,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2640,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2647,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2655,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2662,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2670,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2677,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2685,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2692,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2700,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2707,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2715,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2722,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2730,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2737,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2745,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2752,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2760,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2767,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2775,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2782,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2790,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2797,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2805,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2812,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2820,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2827,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2835,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2842,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2850,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2857,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2865,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2872,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2880,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2887,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2895,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2902,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2910,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2917,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:2925,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:2932,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:2940,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:2947,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:2955,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:2962,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:2970,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:2977,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:2985,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:2992,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3000,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3007,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3015,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3022,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3030,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3037,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3045,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3052,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3060,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3067,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3075,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3082,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3090,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3097,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3105,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3112,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3120,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3127,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3135,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3142,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3150,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3157,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3165,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3172,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3180,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3187,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3195,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3202,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3210,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3217,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3225,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3232,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3240,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3247,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3255,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3262,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3270,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3277,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3285,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3292,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3300,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3307,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3315,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3322,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3330,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3337,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3345,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3352,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3360,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3367,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3375,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3382,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3390,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3397,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3405,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3412,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3420,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3427,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3435,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3442,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3450,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3457,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3465,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3472,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3480,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3487,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3495,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3502,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3510,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3517,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3525,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3532,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3540,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3547,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3555,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3562,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3570,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3577,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3585,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3592,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3600,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3607,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3615,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3622,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3630,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3637,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3645,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3652,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3660,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3667,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3675,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3682,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3690,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3697,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3705,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3712,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3720,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3727,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3735,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3742,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3750,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3757,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3765,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3772,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3780,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3787,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3795,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3802,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3810,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3817,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3825,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3832,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3840,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3847,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3855,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3862,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3870,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3877,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3885,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3892,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3900,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3907,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3915,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3922,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:3930,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:3937,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:3945,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:3952,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:3960,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:3967,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:3975,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:3982,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:3990,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:3997,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4005,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4012,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4020,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4027,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4035,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4042,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4050,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4057,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4065,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4072,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4080,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4087,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4095,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4102,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4110,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4117,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4125,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4132,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4140,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4147,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4155,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4162,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4170,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4177,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4185,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4192,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4200,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4207,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4215,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4222,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4230,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4237,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4245,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4252,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4260,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4267,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4275,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4282,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4290,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4297,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4305,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4312,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4320,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4327,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4335,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4342,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4350,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4357,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4365,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4372,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4380,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4387,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4395,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4402,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4410,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4417,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4425,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4432,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4440,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4447,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4455,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4462,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4470,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4477,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4485,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4492,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4500,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4507,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4515,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4522,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4530,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4537,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4545,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4552,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4560,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4567,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4575,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4582,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4590,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:4597,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXIV 3:4605,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXV 3:4612,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVI 3:4620,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXVII 3:4627,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXVIII 3:4635,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIX 3:4642,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXX 3:4650,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXXI 3:4657,9; R.H.B. Halle LXXXXXXXII 3:4665,4; R.H.B. Halle LXXXXXXXIII 3:46

Breitet ihr die Giftzähne!

Wie kann die Notverordnung zugunsten der breiten Massen geändert werden?

Die Sozialdemokratie weiß sich einig mit der Arbeiterschaft und mit allen, die sich nach einer Sozialpolitik empfinden bedroht haben, in der Forderung nach Änderung der Notverordnung. Wenn die Sozialdemokratie sich nun gegen die Notverordnung wendet, trägt sie damit eine ganz andere Verantwortung, als wenn Kommunisten und Nationalsozialisten ihre Aufhebung verlangen. Diese Notverordnungspolitik wollen nur die Zerstörung des Staates und der Wirtschaft. Sie brauchen sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, was werden soll, wenn durch Aufhebung der Notverordnung ein Defizit von 2400 Millionen Mark umgehört bleibt. Die Sozialdemokratie will dagegen eine Senkung der Staatsfinanzen. Sie will, daß ohne diese Senkung das Chaos kommt.

Es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen in der Notverordnung, gegen die wir grundsätzlich nichts einzuwenden haben und die dazu dienen, den größten Teil des Defizits zu decken. Wir sind einverstanden mit jenen Ausgaben für Ausgaben im Reichshaushalt, die nicht auf Kosten der Sozialpolitik gehen. Wir sind auch grundsätzlich einverstanden mit dem Gehalt der Arbeiter - freilich nicht mit dem Gehalt, das die Notverordnung daraus gemacht hat. Wenn wir sagen uns, daß das ganze Volk, soweit es sich selbsthaftig ist, in dieser düsteren Not für die Auf-

rechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung Opfer bringen muß. Wir sind auch mit der Erhöhung der Mineralöl- und der Rindfleisch zur monatlichen Erhebung der Umsatzsteuer einverstanden und wir können uns, wenn es unbedingt sein muß, selbst mit der Erhöhung der Zuckerversteuer abfinden, freilich unter der Voraussetzung, daß durch eine wirtschaftlich durchaus tragbare, in erstrebenswerter Entlastung des Zuckerschöpfers die Erhöhung der Zuckerversteuer ausgeglichen wird.

Damit ist aber das Defizit noch nicht gedeckt. Andere Maßnahmen sind notwendig. Wir denken hier in erster Linie an die Abhebung der Kriegsteuer. Leber ihre Notwendigkeit ist kein Wort zu verlieren; aber das empörende Unrecht, daß die verarmten Einkommensempfänger nur einen Bruchteil der Opfer tragen sollen, die die Arbeiter und Angestellten tragen müssen, muß auf jeden Fall aus der Welt geschafft werden. Nun läßt sich auf Grund der Einkommenssteuerstatistik vom Jahre 1928 errechnen, daß eine Veranzahlung der verarmten Einkommensempfänger zu den Zinsen der Krieglohnsteuer, selbst bei einem prozentualen Abschlag gegenüber dem Jahre 1928, auf das Jahr gerechnet mehr als 150 Millionen und für das Zweijahresjahr, das jetzt noch der Steuer unterworfen werden soll, etwa 115 bis 120 Millionen einbringen würde. Damit nun die Aufbringung dieser zusätzlichen Summe für zu hoch, so ließe sich eine Ermäßigung der Höhe bei

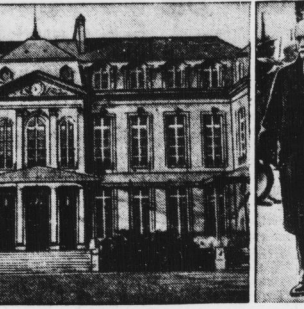
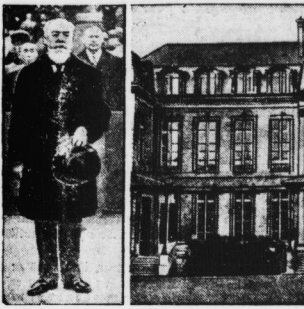
Aufhebung der ungerechtfertigten Differenzierung durchzuführen.

Auch die Körperschaften sind zur Kriegsteuer heranzuziehen, was bei einem Satz von 2 Prozent dem Reich immerhin 40 Millionen einbringen würde. Des weiteren muß der ganz ungerechtfertigte Bescheid auf die Ausgabenschuld auf inländisches Mineralöl aus der Welt geschafft werden. Das würde 35 bis 40 Millionen Mark einbringen.

Schließlich könnte sehr leicht eine andere, ebenso wirtschaftlich wie wirtschaftlich ungerechtfertigte Maßnahme beseitigt werden, nämlich der Subventionssatz, der in jenem Teil der Kriegsteuer feststeht, der zur „Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten“ verwendet werden soll. Es handelt sich ausschließlich um Subventionen an die Schwerindustrie.

Es ist bei einigen guten Willen und bei einiger Gerechtigkeit keine unerschöpfliche Forderung zu stellen, allerdings einschneidende Kräfte nicht ohne die unsozialen Bestimmungen aus der Notverordnung auszunehmen. Es ließen sich noch einige weitere Veränderungen anführen (so ist es beispielsweise in diesem Augenblick unzulässig, daß die Selbsthaftigkeit von der Einkommenssteuer nahezu völlig befreit ist).

Allen die Befreiung öffentlicher Inanspruchnahmen, überflüssiger Subventionen und steuerrechtlicher Mängel genügt, um den Opfern des Krieges und der Krise zu geben, was die Allgemeinheit ihnen schuldig ist.



Präsidentenwechsel in Frankreich

Links: Doumer, der nun in das Elisee einzog. Mitte: Das Elisee, Frankreichs berühmter Präsidentenpalast. Rechts: Doumerque, Frankreichs scheidender Präsident.

Am 13. Juni wird Frankreichs neugewählter Präsident Doumer seinen feierlichen Einzug in das Elisee.

des Schatzes an den in den Eigenbetrieben beschäftigten Arbeitern zu unterstützen und den Kapitalbesitzern Eigentumsverluste zu vermeiden, ist Pflicht aller dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angehörender Genossenschaften. Insbesondere muß das geltehen durch die Ausnutzung fremder Markenrechte auf den Gebieten, auf denen die GEG, seit Jahren gleichwertig, wenn nicht bessere, als ihre eigenen Erzeugnisse herstellt."

Die Zustimmung für die halbe Million

Die Schatzmacherei des Bankamtes wurde in der nationalsozialistischen „Nationalzeitung“ in Offen mit folgenden Worten begrüßt: „Zum erstenmal seit langem Jahren hat sich an der Wirtschaftspolitik in Deutschland ein Wandel zu dem gezeigt, was der Nationalsozialismus vom ersten Tage seiner Gründung erstrebt.“

Der Bankamtsleiter fordert Abbau der Sozialpolitik, Abbau des Lohnes, furchtbarste Ausbeutung der Arbeiter. Die Nazis sind auserzählt und es ist ein Wandel. Wohl hat unsere Industrie neuerdings wieder eine halbe Million gegeben?

Es haakt im Interessentenhaufen

In der letzten Sitzung des Reichstages des Reichstages, in der über die Einbringung des Reichstages entschieden werden sollte, stimmte der Reichstagspräsident für die Zustimmung des Reichstages. Die Folge war, daß sich mehrere Reichstagsmitglieder der Wirtschaftspartei mit zahlreichen Vertretern aus dem Lande in Berlin zusammenfanden und gegen die Politik des Reichstages die Politik des Reichstages einstellten.

Der Führer des Jungdeutschen Oden im Lande Braunschweig verlangte in einer öffentlichen Versammlung, daß die Angriffe der Reichstagsmitglieder auf die Jungdeutschen in Braunschweig, die die Jungdeutschen in Braunschweig angetreten, auf dem Weg zum Senat zum Reichstagspräsidenten bildeten nur wenige Menschen.

„deutschen“ in Braunschweig

Der Führer des Jungdeutschen Oden im Lande Braunschweig verlangte in einer öffentlichen Versammlung, daß die Angriffe der Reichstagsmitglieder auf die Jungdeutschen in Braunschweig, die die Jungdeutschen in Braunschweig angetreten, auf dem Weg zum Senat zum Reichstagspräsidenten bildeten nur wenige Menschen.

Christlich-Sozialer, Dr. H. A. wird Reichstagspräsident

Die nationalsozialistische Landesparlamentarierkammer hat sich für die Wahl des Reichstagspräsidenten ausgesprochen. Die nationalsozialistische Landesparlamentarierkammer hat sich für die Wahl des Reichstagspräsidenten ausgesprochen.

Petroleumbrand

Der Petroleumbrand in den Bodanlagen der Shell Petroleum Company in Setenar in Staats Braunschweig, der durch einen Brand ausbrach, der durch einen Brand ausbrach, der durch einen Brand ausbrach.

Was ist die GEG?

Halle, den 15. Juni.

Eine maßlose und unternehmende Sache wird gegen die GEG, getrieben. Die auf Veranlassung der GEG-Jentrale wird immer wieder zum Anlaß genommen, gegen die GEG, als eine „arbeiterfeindliche“, „arbeitsplatzstiftende“ Einrichtung zum Vordringen zu geben. Entgegen diesen Verleumdungen, die groteskerweise ausgerechnet von Leuten kommen, die sich mit Haut und Haaren den Kapitalisten verschrieben haben, gegen wir die folgenden, auf dem kürzlich in Magdeburg stattgefundenen Deutschen Genossenschaftstages der Konsumvereine von Fischer (Weipzig) gemachten Ausführungen über die GEG, und die Bedeutung der Eigenproduktion, deren Träger die GEG, ist.

Allen Mitteln zu bedienen ist, da wir nur auf diesem Wege unseren Ziele näher kommen.

Im Anschluß an das Referat Fischers wurde folgende Entschließung angenommen:

„Es ist das Ziel der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, dem Verbraucher entsprechende Einkünfte auf die Gestaltung der Wirtschaft zu geben. Sie erstrebt an Stelle der herrschenden planlosen kapitalistischen Privatwirtschaft die genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft. Der entschlossene Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel vor die Auf-

nahme der Bedarfsdeckungswirtschaft durch die GEG. Durch den Ausbau der Zentralen Genossenschaftsleitungswirtschaft wird die Selbstständigkeit der Genossenschaftswirtschaft, ihre Unabhängigkeit von der Privatwirtschaft gestärkt und der wirtschaftliche Einfluß der Verbraucherorganisation gestärkt, so daß auch vorübergehende allgemeine Wirtschaftskrisen sie nicht zu erschüttern vermögen. Die genossenschaftliche Wirtschaft bildet das höchste Gegenstück gegen die Beherrschung des Marktes durch kartellierte Konzerne und die hierüber hinausgehenden Ziele und Grundzüge durch restlose Bedeckung

Hitlers Geldgeber



Hitler: Ich hoffe, daß Sie das Geschick unserer Rente nicht für, Herr Generaldirektor; Sie wissen doch, wie es gemeint ist. - Generaldirektor: Aber gewiß, Herr Hitler! Nehmen Sie dieses Zinngeld als Zeichen, daß wir Ihre Hilfe im Kampfe gegen die Gewerkschaften zu würdigen wissen."

Hitlerbankier als Reichenmacher

Einer der Haupttreiber der Volkspartei zum Sturz des Kabinetts Brüning ist der Präsident der Deutschen Bank, Herr von Stauff. Es ist derselbe Herr von Stauff, der kurz nach dem Septemberwahlen mit Hitler und anderen Besessenen der Finanzwirtschaft im Berliner Hotel Hotel bei Zell und Kaviar zu einem Frühstück zusammentraf.

Die Beziehungen des Herrn von Stauff zu den Nationalsozialisten und seine gegenwärtige Einstellung zum Kabinetts Brüning lassen wohl am besten erkennen, was die politische Rolle dieses Herrn bringen soll und was er mit seiner eigenen, höchsten Loyalität beabsichtigt. Er war seit dem Septemberwahlen der Steigbügelhalter der deutschen Reichstagen, die von der Schwerindustrie ausgehen sollten. Das ist er bis heute geblieben.

Königswusterhausen

Die Königsvereinigung in Königsvereinigung, die Königsvereinigung in Königsvereinigung, die Königsvereinigung in Königsvereinigung.

Begegnung der Deutschen Weile

Die Begegnung der Deutschen Weile, die Begegnung der Deutschen Weile, die Begegnung der Deutschen Weile.

Die Stadt der Zukunft

Berner Hegemann, der 50-Jährige, über moderne Wohn- und Siedlungspolitik

Werner Hegemann, der bekannte Architekt und Städtebauer, der die Fäden der Siedlungspolitik in allen Ländern der Welt, fordert auch die Millionen der Großstädte.

Die große Deutsche Bauausstellung Berlin 1901, in Verbindung mit dem Berliner Städtebau-Kongress, rückt das Problem der Zukunftsstadt wieder in den Scheinwerfer der Aktualität.

Wie werden wir in Zukunft wohnen? Das ist die Frage, die in allen Ländern der Welt, fordert auch die Millionen der Großstädte.

ist ein entscheidender Schritt zur Beseitigung des Wohnungsproblems in den Großstädten, unter dem Willen der Arbeiter zu leben, getan.

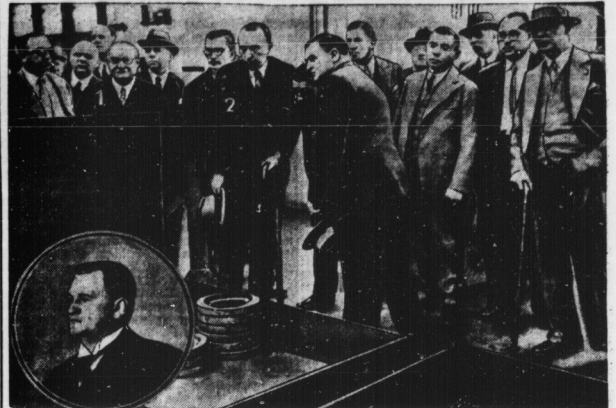
Das Kleinhaus des Proletariats?

Aber das ist nicht nur in Schweden möglich, auch in Deutschland kann der Arbeiter sein eigenes Haus haben. So zeigt die Bauausstellung eine Anzahl Modelle von Kleinhäusern, Ergebnisse eines Wettbewerbes deutscher Architekten.

Sozial bedingte Wohnpolitik — die Forderung der Stunde!

Ein erst größere Klassen der Stadtbewohner in geländereichen Gegenden angeordnet, so kann man an die Sanierung des alten Stadtkerns gehen.

Einweihung der Kölner Ford-Fabrik



Generaldirektor Feine (Porträt im Kreis) erklärt Generalrat Luitberg (1) und Oberbürgermeister interessierte Maschin.

Bataillon vergiftet

Ein Infanterie Bataillon Genarmee, das sich in der Nähe der Hauptstadt auf einem Feldlager befand, erkrankte an schweren Vergiftungserscheinungen.

Das dicke Ende

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Ermittlung gegen 16 Personen eröffnet.

Schwerer Schiffszusammenstoß

Meldungen aus Biffingen zufolge ist gestern beim Zusammentreffen infolge des Winkels der geistliche 3067-Tonnen-Dampfer „Arctus“ mit dem norwegischen 9000-Tonnen-Dampfer „Beaufjord“ zusammengefahren.

Keines Amtes unwürdig

Der im Dresdener Uralfest-Prozess wenig rühmlich in Erscheinung getretene Staatsanwaltschaftler Dr. K. ist zur Zeit an der Strafanstalt Gefängnisstrafe teilhaftig.

Maschinenschaden des „Nautilus“

Sir Robert Wilkins, der Kapitän des Unterseebootes „Nautilus“, meldet in einem Funkpruch, daß das Schiff inmitten des Ozeans einen Maschinenschaden erlitten habe.

Die Schiffschiffe „Arctus“ und „Womping“ führt die Meldung erhalten, daß die beiden Kriegsschiffe auf 46 Grad 40 Minuten nördlicher Breite und 30 Grad 40 Minuten östlicher Länge das Unterseeboot „Nautilus“ mit schwerem Maschinenschaden und erschöpften Batterien aufgefunden haben.

Preussenparlament am 7. Juli vertagt

Der Preussische Landtag hat am Sonnabend programmgemäß seine Arbeiten beendet und sich bis zum Juli vertagt.

Kirchenvertrag angenommen

Bei Stimmeneinstimmigkeit der Sozialdemokratischen Partei hat die Reichstagsversammlung den Kirchenvertrag angenommen.

D-Tag überfährt Auto - 2 Tote

In der Nähe des Bahnhofs Kronach wurde gestern nachmittags ein Transportwagen mit mehreren D-Tag-Fahrern überfahren.

Im Wohnsinn die Mutter erwürgt

In Walsburg (Weiß) erwürgte Sonntag vormittag ein 30-jähriger unverheirateter Mann in einem Anfall von geistiger Umwandlung seine Mutter.

Reichstagsparlament am 7. Juli vertagt

Der Preussische Landtag hat am Sonnabend programmgemäß seine Arbeiten beendet und sich bis zum Juli vertagt.

Riefenprozess gegen Al Capone

Das Chicagoer Bundesgericht hat gegen den bekannten Banditenführer Al Capone und 68 Mitglieder seiner Bande Anklage wegen Verletzung der Prohibitionsgesetze erhoben.

Königsberger Warenhaus-Brand



Im Königsberg brach ein gefährlicher Großbrand aus, der eines der größten Warenhäuser der Stadt zerstörte.

Reichstagsparlament am 7. Juli vertagt

Der Preussische Landtag hat am Sonnabend programmgemäß seine Arbeiten beendet und sich bis zum Juli vertagt.

Geisflucht in Hannover

Zur Jahrhundertfeier der Technischen Hochschule in Hannover warteten die Stadt Hannover und die Deutsche Luftwaffe mit einer großen Bewehrung auf, in deren Mittelpunkt der Besuch des Reichspräsidenten stand.

Reichstagsparlament am 7. Juli vertagt

Der Preussische Landtag hat am Sonnabend programmgemäß seine Arbeiten beendet und sich bis zum Juli vertagt.

